

August 2018

Bankenbarometer 2018

Die konjunkturelle Entwicklung der Banken in der Schweiz

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	4
1 Der Schweizer Bankensektor	12
1.1 Wirtschaftspolitisches Umfeld	14
1.2 Strukturwandel	16
1.3 Regulierung	19
1.4 Steuern	22
1.5 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotentiale	24
2 Geschäftserfolg der Banken	28
2.1 Entwicklungen im Jahr 2017	29
2.1.1 Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen	29
2.1.2 Geschäftserfolg nach Bankengruppen	31
2.1.3 Jahresgewinn und Steuern	33
2.2 Entwicklungen im Jahr 2018	34
3 Bilanzgeschäft	36
3.1 Entwicklungen im Jahr 2017	36
3.1.1 Entwicklung der Bilanzen	36
3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts	43
3.2 Entwicklungen im Jahr 2018	46
4 Vermögensverwaltung	48
4.1 Entwicklungen im Jahr 2017	48
4.2 Entwicklungen im Jahr 2018	54
5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz	56
5.1 Entwicklungen im Jahr 2017	56
5.2 Entwicklungen im Jahr 2018	59
6 Im Fokus: Asset Management	64
7 Literaturverzeichnis	72

Executive Summary

Der Bankensektor trägt massgeblich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört weltweit zu den führenden Finanzplätzen und ist nach wie vor die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Per Ende 2017 waren in der Schweiz 253 Banken tätig, acht weniger als im Vorjahr.

Die Banken in der Schweiz bewegen sich in einem herausfordernden Umfeld: Steigende Regulierungskosten, anhaltende Negativzinsphase sowie politische und rechtliche Unsicherheiten im Zuge des Brexit und der Spannungen im internationalen Handel prägen die aktuelle Lage. Weiterhin sinkende Margen und die fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche werden in den kommenden Jahren die strukturelle Neuordnung im Bankensektor zudem weiter vorantreiben. Die Banken nehmen diese Herausforderungen an und sind erfolgreich dabei, sich in diesem veränderten Umfeld solide zu entwickeln.

Anspruchsvolles wirtschaftspolitisches Umfeld

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat vor über zwei Jahren Negativzinsen eingeführt. Ende 2017 unterlagen in der Schweiz Bankguthaben im Umfang von CHF 270 Mrd. dem Negativzins. Branchenweit hat sich der Negativzins auch im Jahr 2017 dämpfend auf die Zinsmarge ausgewirkt. Damit stösst das Passivgeschäft zusehends an seine Grenzen. Die durch das Zinsumfeld ausgelöste hohe Kreditnachfrage erlaubte es den Banken, den Margendruck mit einer Ausweitung des Kreditvolumens zu kompensieren.

Im Zusammenhang mit dem Brexit und der Entwicklung im handelspolitischen Umfeld bleiben Unsicherheiten für die Schweizer Banken vorerst bestehen. Unsicherheit herrscht zudem auch in Bezug auf die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse, welche von der Europäischen Kommission auf ein Jahr befristet wurde. Die technische Gleichwertigkeit der Schweizer Börse ist unbestritten. Bei Ausbleiben einer Verlängerung der Äquivalenzanerkennung sieht der Bundesrat Eventualmassnahmen zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur vor.

Digitalisierung bietet Chancen

Die neuen digitalen Technologien verändern einerseits die Geschäftsprozesse und Berufsprofile im Bankensektor. Andererseits treten Fintech-Unternehmen in den Markt ein und erhöhen den Wettbewerb. In diesem Umfeld optimieren die Banken ihre Geschäftsmodelle und nutzen Opportunitäten sowie Chancen zu Innovationen. Dabei ist zu beobachten, dass Banken und Fintechs oft zusammenarbeiten und Synergiepotential ausschöpfen.

Die Schweiz bietet Banken und Fintech-Unternehmen hervorragende Standortvorteile und hat sich im Bereich Blockchain zu einem der global führenden Fintech-Zentren entwickelt. Im Fintech Hub Ranking belegen Zürich und Genf den zweiten und dritten Platz. Aktuell gibt es in der Schweiz 220 Fintech-Unternehmen, wobei allein im Jahr 2017 30 neue Firmen hinzukamen.

Mit der fortlaufenden Digitalisierung von Arbeitsprozessen im Bankensektor erhöht sich auch das Risiko von Cyberkriminalität. Der Bundesrat arbeitet an der Umsetzung der verschiedenen Empfehlungen zur Cyber-Sicherheit, die der Beirat «Zukunft Finanzplatz» zuhanden des Gremiums ausgesprochen hat, und fällte im Juli 2018

einen Grundsatzentscheid für den Aufbau eines Cyber-Kompetenzzentrums. Ein Expertengremium der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) hat in diesem Jahr zudem eine Liste von Initiativen zur Cyber-Sicherheit erstellt. Beispiele dafür sind neben dem Aufbau eines Cyber-Kompetenzzentrums eine verstärkte Sensibilisierung der Nutzer oder die gezielte Ausbildung von Cyber-Spezialisten.

Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Schweiz stärken

Obwohl die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz gemäss verschiedenen Indikatoren nach wie vor sehr gut ist, lasten die mit der Regulierungsdichte einhergehenden Kosten schwer auf den Banken. Es sind deshalb administrative Entlastungen und eine Verbesserung der bestehenden und zukünftigen Regulierung notwendig. Grosses Potential für Kosteneinsparungen bieten auch Fintech- und namentlich RegTech-Lösungen zur Erfüllung regulatorisch vorgegebener Pflichten.

Um auch weiterhin zu den führenden Finanzzentren der Welt zu gehören, ist die Schweiz auf Marktzugang zu ausländischen Kunden angewiesen. Die Schweiz übernimmt deshalb punktuell und wo immer sinnvoll und angemessen internationale Standards in nationales Recht, um die Äquivalenz der Gesetzgebungen zu gewährleisten. Beispiele dafür sind das im Juni 2018 verabschiedete Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und das Finanzinstitutsgesetz (FINIG). Ebenso hat der Bundesrat im Rahmen der Revision der Eigenmittelverordnung zwei Ergänzungen von Basel III umgesetzt.

Darüber hinaus setzt die Schweiz den seit dem 1. Januar 2017 in Kraft getretenen Automatischen Informationsaustausch (AIA) um. Neben der Schweiz haben sich über hundert Staaten, darunter – bis auf die USA – alle wichtigen Finanzzentren und Konkurrenzfinanzplätze der Schweiz, zur Übernahme dieses Standards bekannt.

Der Bundesrat hat sich im Mai 2018 durch das Forum Finanzmarktpolitik über die Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes informieren lassen. Neben einer generellen Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Bereichen Arbeitsmarkt, regulatorisches Umfeld und Bildung standen dabei finanzmarktspezifische Massnahmen wie beispielsweise die Abschaffung der Stempelabgabe, eine Reform der Verrechnungssteuer sowie eine Verbesserung des EU-Marktzugangs im Zentrum.

Solider Geschäftserfolg der Banken

Trotz den regulatorischen und strukturellen Herausforderungen konnten die Banken in der Schweiz ein solides Resultat verzeichnen.

Der aggregierte Geschäftserfolg der Banken in der Schweiz liegt im Jahr 2017 mit CHF 62,5 Mrd. auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft war um 0,6 Prozent rückläufig. Ein Grund für den Rückgang waren die Negativzinsen. Die Banken in der Schweiz haben im vergangenen Jahr Negativzinsen in Höhe von ca. CHF 2,0 Mrd. bezahlt, was einer Zunahme von rund CHF 500 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht. Trotzdem macht das Zinsgeschäft den grössten Anteil am aggregierten Geschäftserfolg aus.

Erstmalig seit 2013 ist der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft wieder gestiegen (+4,0 %). Eine der Hauptursachen ist, dass die Anzahl der Transaktionen gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, wie beispielsweise die Zunahme der Börsengänge weltweit zeigt. Ebenfalls zugelegt hat das Handelsgeschäft, welches um 25,4 Prozent angestiegen ist. Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 wesentlich günstiger waren als noch im Jahr 2016, was sich förderlich auf die Handelsaktivitäten der Bankkunden ausgewirkt hat. Dies unter anderem im asiatischen Raum und in der Schweiz. Aufgrund der gestiegenen Volatilität an den Devisenmärkten haben gemäss SIX Swiss Exchange zudem die Absicherungsgeschäfte zugenommen.

Rückläufig im Jahr 2017 war vor allem der übrige ordentliche Erfolg der um 20,4 Prozent sank. Der Rückgang ist insbesondere auf die Verlagerung von Aufgaben aus dem Stammhaus einer Grossbank in eine konzerninterne Dienstleistungsgesellschaft zurückzuführen.

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2017 um 11,9 Prozent zu. Die Banken entrichteten Ertrags- und Gewinnsteuern in Höhe von CHF 2,2 Mrd.

Insgesamt positive Entwicklung im Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2017 um 4,8 Prozent auf CHF 3'249,4 Mrd. Die Hypothekarforderungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr erneut um 2,9 Prozent und nahmen mit 30,6 Prozent den bedeutendsten Aktivposten ein. Mit einem Anteil von 19,3 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den zweitgrössten Posten dar. Die Forderungen stiegen 2017 um 9,2 Prozent. Die flüssigen Mittel sind gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Prozent rückläufig. Die Abnahme ist insbesondere auf einen Abbau der Sichtguthaben von Grossbanken bei ausländischen Zentralbanken zurückzuführen. Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen nahm gegenüber dem Vorjahr um 55,2 Prozent zu. Eine der Ursachen für die Zunahme war die Verlagerung der Handels- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte einer Grossbank von einem Tochterunternehmen im Ausland zu einer Filiale im Ausland.

Auf der Passivseite verzeichneten die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen einen Anstieg von 1,0 Prozent und machten mit 55,0 Prozent den grössten Anteil unter den Passiven aus. Die Sichteinlagen und die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen sind gesunken, die Termineinlagen und die eigenen Mittel hingegen um 13,8 Prozent und 1,4 Prozent angestiegen. Die Verpflichtungen gegenüber Banken sind im Jahr 2017 um 10,6 Prozent, die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft um 63,3 Prozent gestiegen. Massgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Bankengruppe Grossbanken und deren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland aufgrund der Geschäftsverlagerung von einer ausländischen Tochterunternehmung zu einer ausländischen Filiale derselben Grossbank (siehe oben).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 2018 ist die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz erneut um 2,4 Prozent gestiegen. Damit hat sich die positive Entwicklung aus dem Jahr 2017 fortgesetzt. Angestiegen sind die Bilanzpositionen Forderungen gegenüber Banken, Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften und Hypothekarforderungen. Ebenfalls zugenommen haben die Forderungen gegenüber Kunden und die Finanzanlagen. Die Forderungen aus dem Handelsgeschäft waren hingegen gegenüber dem Vorjahr rückläufig.

Das Kreditgeschäft der Banken ist ein wichtiges Standbein für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz. Die Kreditvergabe an Unternehmen und Private in der Schweiz ist intakt. Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2017 um 2,1 Prozent auf CHF 1'131,1 Mrd. zu. Davon stammten CHF 156,4 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden und CHF 974,7 Mrd. aus Hypothekarforderungen. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite (+2,7 %) fiel nahezu gleich aus wie im Jahr zuvor. Die gedeckten Forderungen haben um 1,3 Prozent zugelegt. Die ungedeckten Forderungen nahmen hingegen um 2,8 Prozent ab.

Vermögensverwaltung: neuer Höchststand verwalteter Vermögen seit der Finanzkrise

Das verwaltete Vermögen in der Schweiz stieg im Jahr 2017 um 9,6 Prozent auf CHF 7'291,8 Mrd. Dies entspricht einem neuen Höchststand seit der Finanzkrise. Im globalen grenzüberschreitenden Private Banking bleibt die Schweiz trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und des Niedrigzinsumfeldes mit verwaltetem Vermögen von CHF 2'276,2 Mrd. und einem Marktanteil von 27,5 Prozent weiterhin Weltmarktführerin.

Beschäftigung bei den Banken leicht rückläufig

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2017 93'554 Personen (in Vollzeitäquivalenten, im Inland) und damit 7,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Hauptursache für diesen starken Rückgang ist die Verlagerung von zentralen Dienstleistungen aus dem Stammhaus in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften einer Grossbank (siehe oben). Korrigiert man die Entwicklung des Personalbestandes um diesen Sondereffekt, dann ist der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr nur leicht rückläufig (-0,9 %). Die Zahl der Arbeitslosen im Bankenbereich liegt Ende 2017 mit 2,8 Prozent deutlich unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft.

Die Entwicklung des Personalbestandes im ersten Halbjahr 2018 war gemäss einer von der SBVg durchgeführten Umfrage stabil. Über 60 Prozent der befragten Banken rechnen für das zweite Halbjahr 2018 mit einer gleichbleibenden und fast ein Drittel mit einer sich verbessernden Beschäftigungslage.

Asset Management mit hohem Wachstumspotential

Das Asset Management ist eine weitere tragende Säule des Finanzplatzes Schweiz und weist ein hohes globales Wachstumspotential auf. Die im Asset Management verwalteten Vermögen haben 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 13 Prozent zugenommen. Ein starkes Wachstum ist des Weiteren im Bereich der nachhaltigen Investitionen zu erwarten. Die nachhaltigen Investitionen in der Schweiz stiegen 2017 um 82 Prozent und betragen damit ca. 8,7 Prozent am gesamten Schweizer Fondsmarkt.

Abb. 1

Eckdaten Bankensektor

	2016	2017	Änderung zum Vorjahr
Anzahl Institute	261	253	-8
Beschäftigtenzahl (in Vollzeitäquivalenten, im Inland)	101'382	93'554	-7,7 %
ohne Sondereffekt	101'382	100'496	-0,9 %
in Mrd. CHF			
Aggregierter Geschäftserfolg	62,5	62,5	-0,1 %
Zinsgeschäft	24,1	24,0	-0,6 %
Erfolg Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft	20,9	21,7	4,0 %
Erfolg Handelsgeschäft	6,2	7,7	25,4 %
Übriger ordentlicher Erfolg	11,3	9,0	-20,4 %
Bruttogewinn aus Geschäftstätigkeit	16,5	18,5	11,9 %
Entrichtete Ertrags- und Gewinnsteuern	2,3	2,2	-3,5 %
Aggregierter Jahresgewinn (Periodenerfolg)	7,9	9,8	24,1 %
Jahresgewinne	11,8	10,3	-12,7 %
Jahresverluste	3,9	0,5	-87,2 %
Bilanzsumme	3'100,8	3'249,4	4,8 %
Kreditvolumen	1'107,5	1'131,1	2,1 %
Verwaltetes Vermögen in der Schweiz	6'650,2	7'291,8	9,6 %
Verwaltetes grenzüberschreitendes Vermögen für Privatkunden	2'213,1	2'276,2	2,8 %
Verwaltete Vermögen im Asset Management	2'987,0	3'386,0	13,4 %
Institutionelle Anleger (diskretionäre Mandate und kollektive Kapitalanlagen)	1'970	2'208	12,1 %
Private Anleger (diskretionäre Mandate, Beratungsmandate) und Beratungsmandate für Institutionelle	1'017	1'178	15,8 %

Quellen: SNB, SBVg, IFZ/AMP und BCG

1 Der Schweizer Bankensektor

Der Bankensektor trägt massgeblich zum Erfolg des Schweizer Finanzplatzes bei. Die Schweiz gehört weltweit zu den führenden Finanzplätzen und ist nach wie vor die Nummer 1 in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Die in der Schweiz verwalteten Vermögen erreichten per Ende 2017 einen neuen Höchststand seit der Finanzkrise. Auch als Fintech-Standort spielt die Schweiz vorne mit. Im Fintech Hub Ranking belegen die beiden Städte Zürich und Genf den zweiten und dritten Platz.¹

Der Schweizer Bankensektor zeichnet sich durch eine grosse Vielfalt an Bankinstituten und unterschiedlichen Geschäftsmodellen aus. Es werden umfassende Dienstleistungen erbracht. Vor allem der Bereich Digital Banking wächst beständig. Der Bankensektor erwirtschaftete 2017 in einem herausfordernden wirtschaftlichen Umfeld den bedeutenden Anteil von rund 5 Prozent an der Wertschöpfung der Schweiz.²

¹ Institut für Finanzdienstleistungen Zug (2018)
² Staatssekretariat für Wirtschaft (2018)

Die Anzahl Banken ging per Ende 2017 leicht um netto 8 auf insgesamt 253 zurück. Die Reduktion betrifft ausschliesslich die Auslandbanken oder deren Filialen. Einer neugegründeten Filiale stehen 9 Weglassungen gegenüber. Ein Institut wurde einer anderen Bankengruppe zugeordnet.³

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) unterteilt die Banken in der Schweiz in 8 Gruppen: Kantonalbanken, Grossbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Auslandbanken, Privatbankiers, Börsenbanken und «Andere Banken».

Abb. 2

Die Struktur des Schweizer Bankensektors per Ende 2017

	Anzahl Institute 2016	Anzahl Institute 2017	Neuaufnahmen	Umteillungen	Weglassungen
Kantonalbanken	24	24			
Grossbanken	4	4			
Regionalbanken und Sparkassen	62	62			
Raiffeisenbanken	1	1			
Auslandbanken	107	99	1	-1	8
Privatbankiers	6	6			
Börsenbanken	43	43		1	1
Andere Banken	14	14			
Total	261	253	1		9

Quelle: SNB

³ Die Weglassungen betrafen die ausländisch beherrschten Banken (-4), die Filialen ausländischer Banken (-4) sowie die Börsenbanken (-1). Drei Institute wurden geschlossen, drei wurden aus dem Bankenstatus entlassen, zwei wurden durch andere Institute übernommen, ein Institut wurde liquidiert. Darüber hinaus wurde ein Institut einer anderen Bankengruppe zugeteilt. Neben den 9 Marktaustritten war ein Neuzugang zu verzeichnen.

1.1 Wirtschaftspolitisches Umfeld

Tiefzinsen

Nachdem bereits die Federal Reserve (FED) im Einklang mit der guten konjunkturellen Lage der USA den Leitzins in mehreren Schritten erhöht hat, will nun auch die Europäische Zentralbank (EZB) sukzessive ein Ende ihrer ultraexpansiven Geldpolitik einleiten. Die EZB kündigte an, das Aufkaufprogramm von Staatsanleihen auf Ende des Jahres einzustellen. Ihren Leitzins will die EZB gleichwohl bis mindestens im Sommer 2019 bei null Prozent belassen. Die Tiefzinsphase dürfte noch viel länger anhalten. Hauptverantwortlich ist das weiterhin fragile Umfeld hinsichtlich der Verschuldung und der Situation im Bankensektor in gewissen Ländern. Aufgrund des faktischen Stillstandes bei der Weiterentwicklung einer europäischen Währungs- und Bankenunion ist nicht mit einer baldigen Änderung der Geldpolitik zu rechnen.

Aufgrund der deshalb weiterhin fragilen Lage am Devisenmarkt wird die SNB an Negativzinsen festhalten müssen. Im Gleichschritt mit dem zunehmenden Risiko dieser Politik nimmt allerdings die Wirksamkeit von ausserordentlichen geldpolitischen Eingriffen der Zentralbanken ab. Die SNB sieht sich im sogenannten geldpolitischen Trilemma, nach welchem nur zwei von drei Zielen «stabile Wechselkurse», «freier Kapitalverkehr» und «autonome Geldpolitik» gleichzeitig erreicht werden können.

Die Spannungen im internationalen Handel, wie sie in den letzten Monaten zu beobachten waren, erhöhen Unsicherheit und Risiken. Bis jetzt hat sich das auf die Resultate der Banken noch kaum niedergeschlagen.

Ende 2017 unterlagen in der Schweiz rund CHF 270 Mrd. an Bankguthaben dem Negativzins. Branchenweit hat sich der Negativzins auch im Jahr 2017 dämpfend auf die Zinsmarge ausgewirkt. Das Retailgeschäft stösst damit zusehends an seine Grenzen. Die durch das Zinsumfeld hohe Kreditnachfrage erlaubt es den Banken, den Margendruck mit einer Ausweitung des Kreditvolumens zu kompensieren. Bei der Neuvergabe von Hypotheken, die in den letzten Jahren über dem Wirtschaftswachstum lag, stellen die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) und die SNB Risiken fest und beobachten die Entwicklung genau.

Im Passivgeschäft mit Retailkunden haben die Banken bisher davon abgesehen, den Negativzins auf ihre Privatkundschaft abzuwälzen. Die daraus entstehenden Verluste kompensieren sie teilweise durch das Aktivgeschäft und durch Gebührenerhöhungen. Institutionellen und vermögenden Kunden verrechnen die Banken die Negativzinsen in der Regel weiter.

Brexit und Marktzugang Schweiz

Im März 2019 tritt Grossbritannien aus der Europäischen Union (EU) aus. In welcher Form ist zurzeit unklar. Die britische Regierung hat in ihrem «White Paper» dargelegt, dass sie ein Abkommen anvisiert, welches ein umfassendes Freihandelsabkommen sowie eine Beendigung der generellen Personenfreizügigkeit beinhaltet. Damit der Austrittsvertrag fristgerecht ratifiziert werden kann, müssen die Verhandlungen zwischen Grossbritannien und der EU bis Oktober 2018 abgeschlossen sein.

Auch die Schweiz muss ihre Beziehungen mit Grossbritannien neu verhandeln, da diese auf bilateralen Abkommen mit der EU beruhen. Solange jedoch Grossbritannien seine Beziehungen zur EU nicht geregelt hat, ist eine konkrete Ausgestaltung der Beziehungen zwischen der Schweiz und Grossbritannien kaum möglich. Unabhängig davon haben beide Staaten ein grosses Interesse daran, den gegenseitigen Marktzugang möglichst liberal auszugestalten.

Da Grossbritannien in den Verhandlungen mit der EU die generelle Personenfreizügigkeit nicht gewähren will, wird es wahrscheinlich nicht mehr Teil des EU-Binnenmarktes sein. Dadurch verliert es vermutlich das EU-Passporting, also das Recht von London aus Kunden in der ganzen EU mit Finanzdienstleistungen bedienen zu können. Damit stellt sich für viele in Grossbritannien angesiedelte Finanzinstitute die Standortfrage. In welchem Umfang Arbeitsplätze und Wertschöpfung aus London zu anderen Standorten in Europa abwandern, ist nur schwer prognostizierbar. Klar ist: durch den Verlust des EU-Passporting würde London auch für gewisse Geschäftstätigkeiten von Schweizer Banken an Attraktivität verlieren.

Da aus Sicht der EU Grossbritannien in Zukunft ein «Drittstaat» sein wird, beeinflusst der Brexit auch das Vorgehen der EU bezüglich der Ausdehnung des EU-Passes auf die übrigen Drittstaaten wie die Schweiz. Obwohl die europäische Finanzmarktaufsicht ESMA die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds (AIFMD)

auf die Schweiz bereits 2016 empfohlen hat, ist der politische Entscheid dazu noch ausstehend. Ebenso ist die grenzüberschreitende Bedienung von professionellen Kunden (MiFIR) im Rahmen eines EU-Passporting für Drittstaaten hängig.

Äquivalenzanerkennung Schweizer Börse

Der Zugang für Schweizer Finanzdienstleister zu ausländischen Märkten ist von strategischer Bedeutung. Die EU gehört zum Schwerpunkt des Exportgeschäfts der Schweizer Banken. Dabei ist die Anerkennung einer äquivalenten Regulierung durch die EU eine Bedingung für den Zutritt zum EU-Markt. Derzeit sind verschiedene Äquivalenzverfahren auf EU-Seite nicht abgeschlossen.

Die Europäische Kommission hat Ende 2017 die Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börse auf ein Jahr befristet. Der Bundesrat setzt sich deshalb für die unbefristete Anerkennung vehement ein. Freie und effizient funktionierende Kapitalmärkte sind für die Weltwirtschaft und somit auch für den Finanzplatz und Wirtschaftsstandort Schweiz zentral. Alle Marktteilnehmer sollten die Möglichkeit haben, in den Märkten mit der besten Liquidität und dem grössten Orderbuch zu handeln.

Die technische Gleichwertigkeit der Schweizer Börse ist unbestritten. Bleibt die Verlängerung aus, sieht der Bundesrat Eventualmassnahmen zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur vor. Eingeführt würde eine Anerkennungspflicht für ausländische Handelsplätze, an denen Schweizer Aktien gehandelt werden können. Bei Ausbleiben der Äquivalenzanerkennung für die Schweizer Börse würden EU-Handelsplätze diese Anerkennung nicht erhalten.

1.2 Strukturwandel

Verlagerung von Arbeitsplätzen

Die neuen digitalen Technologien führen zu Veränderungen der Berufsprofile im Bankensektor. Gemäss Arbeitgeber Banken gelten aus Sicht der Personalverantwortlichen vernetztes und interdisziplinäres Denken, Flexibilität, Teamfähigkeit sowie Medien- und Technologiekompetenz als wichtigste Kernkompetenzen bei der Rekrutierung neuer Mitarbeitenden. Es wird eine Verlagerung der Arbeitsplätze weg vom Backoffice hin zu Informatik, Kredit- und Risikomanagement, Research und Produktentwicklung sowie konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften ohne

Banklizenz erwartet (vgl. dazu auch Kapitel 5). Zudem erhöhen Fintech-Unternehmen den Wettbewerb und intensivieren den Margendruck. In diesem Umfeld optimieren die Banken ihre Geschäftsmodelle und werden Opportunitäten und Chancen zu Innovationen nutzen. Dabei ist zu beobachten, dass Banken und Fintechs oft zusammenarbeiten und Synergiepotentiale ausschöpfen.

Standortvorteile für Fintech

Die Schweiz bietet hervorragende Standortvorteile (Nähe zu Bildung, Forschung und Innovation, relativ liberaler Arbeitsmarkt, unternehmerisches Umfeld mit wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen, hohe Lebensqualität etc.) und hat sich für Fintech-Unternehmen gut positioniert. So wächst in Zug das Blockchain-Ökosystem kontinuierlich an, wie beispielsweise die Pläne der Kryptobörse Bitfinex, sich in der Schweiz niederzulassen, zeigen. Die Digitalisierung und Ansiedlung von Fintech-Unternehmen wird den Finanzplatz Schweiz weiter stärken. Mit umsichtigen, unternehmerfreundlichen Rahmenbedingungen für digitale Innovationen werden die Standortvorteile der Schweiz noch zunehmen, was sich positiv auf die Beschäftigung im Bankensektor auswirken wird.

Wie erfolgreich die Schweiz sich im Bereich Blockchain zu einem der global führenden Fintech-Zentren entwickelt hat, belegt das Fintech Hub Ranking: Zürich und Genf liegen auf den zweiten und dritten Plätzen.⁴ Im Jahr 2017 kamen in der Schweiz rund 30 neue Fintech-Unternehmen hinzu, aktuell sind es damit insgesamt 220. Zugenommen hat 2017 auch die durchschnittliche Grösse der Unternehmen: sowohl im Hinblick auf die Anzahl an Vollzeitmitarbeitern wie auch die Kapitalisierung. Immer häufiger kommt es dabei zu Kooperation zwischen Fintech-Unternehmen und Banken. Startups bieten einen idealen Rahmen zur Entwicklung und schnellen Umsetzung von neuen Geschäftsideen. Die Banken verfügen dabei über das nötige Wissen im Bereich Regulierung oder der sicheren Verwahrung von Vermögenswerten und Daten. Sie geniessen aufgrund ihrer Erfahrung in diesem Bereich hohes Vertrauen und bringen Vorteile in der Kundenakquise mit. Eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Fintech-Unternehmen und Banken erlaubt es, die komplementären Stärken beider Seiten optimal zu nutzen.

⁴ Institut für Finanzdienstleistungen Zug (2018)

Öffnung von Kundenschnittstellen

Damit Bankkunden sich das Fintech-Ökosystem über ihre bisherige Bankbeziehung unkompliziert erschliessen können, müssen Daten-Schnittstellen zwischen den einzelnen Anbietern definiert und standardisiert werden. Die Schweizer Banken arbeiten hier eng mit Fintech-Startups zusammen und entwickeln gemeinsam Anwendungen, um den Kundennutzen zu erhöhen. Es ist die Nachfrage der Bankkunden nach Tools und Services von Drittanbietern, welche die Art und Weise des Ausbaus der Schnittstellen zwischen Bank und Fintech-Anbieter definieren. Um in diesem Wettbewerb erfolgreich zu sein, intensivieren die Banken laufend ihre Arbeiten zur Entwicklung hin zu «Open Banking». So können Kundendaten auf Wunsch des Kunden Drittanbietern zur Verfügung gestellt werden. Nicht zuletzt aus Gründen der Datensicherheit wollen die Banken aber selbst entscheiden, gegenüber welchen Drittanbietern sie ihre Kundendatenschnittstelle öffnen. Eine gesetzliche Pflicht zur Öffnung der Schnittstellen gegenüber allen Drittanbietern, wie sie beispielsweise die überarbeitete europäische Payment Services Directive (PSD2) seit Januar 2018 in der EU durchsetzt, ist nicht nötig und birgt unnötige Sicherheitsrisiken.

Cyber-Sicherheit

Mit der fortlaufenden Digitalisierung von Arbeitsprozessen im Bankensektor erhöht sich auch das Risiko von Cyberkriminalität. Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» zählt in seinem Jahresbericht 2017 zuhanden des Bundesrates die Gewährleistung von Cyber-Sicherheit zu den wichtigsten Herausforderungen des Schweizer Finanzsektors. Verletzungen der Cyber-Sicherheit bergen sowohl finanzielle Verluste als auch Reputationsrisiken und können das Vertrauen in den Finanzplatz Schweiz beeinträchtigen. Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» hat dem Bundesrat drei Empfehlungen unterbreitet, deren Endziel der Aufbau einer finanzsektorspezifischen Cyber-Sicherheits-Krisenorganisation darstellt.⁵ Der Bundesrat arbeitet u. a. auch im Rahmen der im April 2018 überarbeiteten Nationalen Cyber-Strategie des Bundes (NCS) daran, diese Empfehlungen zeitnah umzusetzen und hat im Juli 2018 einen ersten Grundsatzentscheid für den Aufbau eines Cyber-Kompetenzzentrums gefällt. Das Expertengremium «Information Security und Cyber Defence» der SBVg hat zudem im Jahr 2017 eine Liste von Initiativen zur Cyber Security erstellt und ein Strategie-

⁵ Beirat Zukunft Finanzplatz (2017)

Papier für den Finanzplatz Schweiz erarbeitet. Das Strategie-Papier formuliert den Handlungsbedarf für den Finanzplatz Schweiz während der nächsten Jahre. Es zeigt die Synergien mit der NCS auf und enthält Vorschläge für die Zusammenarbeit der Wirtschaft mit der öffentlichen Hand im Rahmen der Bekämpfung von Cyberkriminalität. Beispiele dafür sind die verstärkte Sensibilisierung der Nutzer oder die gezielte Ausbildung von Cyber-Spezialisten.

1.3 Regulierung

FIDLEG und FINIG

Mit der Verabschiedung des Finanzdienstleistungsgesetzes (FIDLEG) und des Finanzinstitutsgesetzes (FINIG) durch das Parlament im Juni 2018 erhält die Schweiz ein zeitgemässes und praxistaugliches Gesamtkonzept im Anlegerschutz. Neu wird mit FIDLEG die gesamte Beziehung zwischen Finanzdienstleistern und Kunden am Point of Sale in einem einzigen Gesetz geregelt. Der Kunde wird durch Vorgaben zu Dokumentation und Rechenschaft, Informationspflichten, Treue- und Sorgfaltspflichten sowie Angemessenheits- und Eignungsprüfungen geschützt und kann sich im Streitfall auf die Herausgabepflicht berufen. Die Ombudsstellen werden gestärkt. Neu müssen sich sämtliche Finanzdienstleister einer bestehenden oder neu geschaffenen Ombudsstelle anschliessen. Das FINIG schliesst im Weiteren die Lücken in der Aufsicht über die Vermögensverwalter. Neu sind auch die unabhängigen Vermögensverwalter (UVV) einer angemessenen Aufsicht unterstellt. Mit FIDLEG und FINIG schafft die Schweiz die nötigen Voraussetzungen für einen positiven Äquivalenzentscheid durch die EU-Kommission.

Finalisierung und Umsetzung Basel III

Im Dezember 2017 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS) das Regulierungspaket Basel III finalisiert («Basel III: Finalising post-crisis reforms»). Zentraler Punkt ist dabei die Einführung eines sogenannten Output Floors bei der Anwendung der Eigenkapitalrichtlinien. Dieser regelt die Verwendung von bankeninternen Modellen zur Berechnung der risikogewichteten Aktiva in Relation zu den aus dem Standardmodell ermittelten Werten. Zusätzlich beinhaltet die Finalisierung von Basel III wesentliche Änderungen in den Verfahren zur Unterlegung von Kreditrisiken und operationellen Risiken. Für die Umsetzung des Regelwerks in nationales Aufsichts-

recht gilt gemäss BCBS eine Übergangsfrist bis 2022. Der Output Floor soll dabei über einen Fünfjahreszeitraum bis 2027 schrittweise auf das angestrebte Niveau erhöht werden.

Bereits im November 2017 hatte der Bundesrat eine Revision der Eigenmittelverordnung verabschiedet und damit zwei Ergänzungen von Basel III umgesetzt. Einerseits wird für alle Banken eine minimale Leverage Ratio von 3 Prozent auf dem Kernkapital eingeführt. Damit müssen neu auch alle nicht systemrelevanten Banken eine minimale ungewichtete Eigenmittelunterlegung aufweisen. Für systemrelevante Banken gelten weiterhin strengere Anforderungen. Andererseits werden neue Vorschriften auf dem Gebiet der Risikoverteilung eingeführt. Im Zentrum stehen die sogenannten Klumpenrisiken. Neu werden diese am Kernkapital bemessen und Banken dürfen zu ihrer Berechnung nur noch sehr eingeschränkt Modelle einsetzen. Geplant ist, dass die neuen Bestimmungen am 1. Januar 2019 in Kraft treten.

Kleinbanken-Regime der FINMA

Im Juli 2018 informierte die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMA) über das neu vorgesehene Regulierungs-Regime für Kleinbanken, welches Erleichterungen für kleine Banken zum Ziel hat. Die FINMA will damit die Proportionalität verstärken. Aus Sicht der SBVg geht diese Initiative in die richtige Richtung, wobei vor allem qualitative Erleichterungen im Vordergrund stehen, bei denen mit Rücksicht auf die Systemstabilität weitere Entlastungen für die Kleinbanken möglich sind.

FINMA Wegleitung Initial Coin Offerings

Die FINMA hat im Februar 2018 eine Wegleitung zur rechtlichen Qualifizierung von Initial Coin Offerings (ICO) herausgegeben. Sie richtet sich dabei nach der wirtschaftlichen Funktion und dem Zweck der ausgegebenen Token. Unterschieden werden drei Arten von Tokens, welche in der Praxis auch als Mischformen existieren können: Zahlungs-Tokens, Nutzungs-Tokens und Anlage-Tokens. Erstere können primär als Zahlungsmittel verwendet werden und stellen daher eigentliche Kryptowährungen dar. Nutzungs-Tokens umfassen ein Anrecht zum Bezug eines Produktes oder einer Dienstleistung während Anlage-Tokens einen Anspruch auf einen Vermögenswert beinhalten. Zahlungs-Tokens fallen laut Ansicht der FINMA unter die Geldwäschereibestimmungen während Nutzungs- und Anlage-Tokens in der Regel als Effekte eingestuft und behandelt werden.

Elektronische Identität

Die Schaffung einer elektronischen Identität (E-ID) für natürliche Personen bezweckt die zweifelsfrei elektronische Verifizierung der Identität einer Person. Eine E-ID erlaubt Zahlungsaufträge schneller und unkomplizierter online durchzuführen, unterstützt die Entwicklung von Onlinegeschäften und schafft die Möglichkeit für verschiedene E-Government-Anwendungen.

Der Bundesrat hat im Juni 2018 die Botschaft zum Gesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste verabschiedet. Er sieht vor, dass die amtliche Prüfung und Bestätigung der Existenz einer Person und ihrer Identitätsmerkmale weiterhin dem Staat vorbehalten bleibt. Die Entwicklung und Ausstellung der elektronischen Identität soll hingegen von privaten Anbietern übernommen werden. Bereits im März 2018 hat eine Gruppe von Schweizer Unternehmen inklusive Banken zu diesem Zweck das Gemeinschaftsunternehmen SwissSign Group AG gegründet.

RegTech

Im hochregulierten Finanzsektor nehmen die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an Banken und andere Dienstleister stetig zu. Die jährlichen Gesamtkosten für Compliance haben sich seit 2010 mehr als verdoppelt. In Anbetracht der hohen Kosten bieten RegTech-Lösungen zur Erfüllung regulatorisch vorgegebener Pflichten grosses Potential zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Banken. Dazu zählen beispielsweise: die Anwendung von biometrischen Verfahren zur Kundenidentifizierung, der Einsatz von Robo-Advisern zur automatischen Übermittlung von Berichtspflichten an die zuständigen Aufsichtsbehörden oder Neuerungen mit Hilfe von künstlicher Intelligenz. Diese dienen dazu, missbräuchliches Verhalten bei der Auswertung von grossen unstrukturierten Datenmengen aufzudecken.

Die Schweiz verfolgt solche Entwicklungen im RegTech-Bereich genau. So untersucht der Bundesrat in einem aktuellen Bericht die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung von RegTech in der Schweiz. Die SBVg sieht insbesondere in den Bereichen Risikomanagement, regulatorisches Reporting, Kundenidentifizierung, Geldwäscherei und übergreifende Corporate Governance grosses Nutzungspotential für RegTech-Lösungen.

1.4 Steuern

Entwicklung AIA

Seit 2017 bestehen die gesetzlichen Grundlagen zum Automatischen Informationsaustausch (AIA), damit die Schweizer Behörden mit 38 Ländern Steuerdaten austauschen können, darunter alle EU-Staaten. Die ersten Daten für die 38 Staaten werden ab Herbst 2018 ausgetauscht. Die Schweiz wird mit 41 weiteren Ländern erstmals ab 2019 Daten austauschen. Im Vorfeld des Datenaustausches wird der Bundesrat bei jedem dieser Partnerstaaten eine Reihe von Kriterien prüfen. Einerseits handelt es sich dabei um den Stand der Vertraulichkeit und die Vorkehrungen für die Datensicherheit und den Datenschutz in den Partnerländern. Andererseits prüft der Bundesrat das Bestehen eines «Level Playing Fields», d. h. ob auch die relevanten Konkurrenzfinanzplätze mit unseren Partnerstaaten den Automatischen Informationsaustausch umsetzen. Erfüllt ein Partnerstaat die Anforderungen an den AIA nicht, kann der Bundesrat geeignete Massnahmen treffen und gegebenenfalls den Austausch von Informationen aussetzen. Für die Schweizer Banken ist damit gewährleistet, dass ihre Kunden weiterhin von einem ausreichenden juristischen und technischen Datenschutz profitieren.

Im März 2018 hat die OECD die «Bindenden Offenlegungsregeln für den Umgang mit AIA-Vermeidungsvereinbarungen und Offshore-Strukturen («Mandatory Disclosure Rules for Addressing CRS Avoidance Arrangements and Offshore Structures») veröffentlicht. Parallel dazu hat sie im Februar das Konsultationsverfahren zur Initiative «Vermeidung von AIA-Umgehungen mittels Scheindomizilen» («Preventing abuse of residence by investment schemes to circumvent the CRS») gestartet. Die SBVg wird sich weiterhin für die sachgerechte Umsetzung der Regeln des AIA engagieren.

Steuervorlage 17

Der Ständerat hat im Juni 2018 als Erstrat die Steuervorlage 17 behandelt. Kernelemente sind u. a. eine höhere Besteuerung von Dividenden, eine Verschärfung des Kapitaleinlageprinzips sowie die Möglichkeit einer zinsbereinigten Gewinnsteuer in Kantonen mit einer hohen Steuerbelastung. Die Steuervorlage 17 schafft dringend benötigte Rechtssicherheit für Unternehmen und sichert die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz. Davon profitieren auch die Schweizer Banken.

Bankkundengeheimnis in der Schweiz

Nach dem Verzicht des Schweizer Parlaments auf eine Revision des Steuerstrafrechts wurde die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» zurückgezogen. Vom Tisch ist mit der Ablehnung durch den Ständerat auch der Gegenvorschlag des Nationalrates. Das Bankkundengeheimnis ist im heutigen Recht genügend geschützt.

Stempelabgabe und Verrechnungssteuer

Die Abschaffung der Stempelabgaben auf Käufen und Verkäufen von Wertschriften sowie der Emissionsabgabe auf neu geschaffenen Aktien würde einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil im Vermögensverwaltungsgeschäft beseitigen. Anlagefonds werden mehrheitlich im Ausland statt in der Schweiz emittiert, der Handel von Obligationen mit kurzen Laufzeiten ist unrentabel und Kunden Schweizer Vermögensverwalter müssen höhere Gebühren zahlen als an den Konkurrenzstandorten. Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) wird dem Bundesrat entsprechende Vorschläge zur Abschaffung unterbreiten.

Neben der Stempelabgabe verhindert auch die Verrechnungssteuer, dass solide und lukrative Geschäfte im Finanzsektor in der Schweiz angesiedelt werden. Keiner der Konkurrenzfinanzplätze wie z. B. Grossbritannien, Singapur, USA oder Hong Kong kennen ein vergleichbares Steuerregime. Dadurch haben sie gegenüber der Schweiz einen entscheidenden Standortvorteil für die Finanzindustrie. Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» drängt in seinen im April 2018 verabschiedeten Empfehlungen an den Bundesrat daher auf eine rasche Reform der Verrechnungssteuer. Er schlägt vor, die Verrechnungssteuer neu als Zahlstellensteuer zu konzipieren und auf in der Schweiz wohnhafte natürliche Personen zu beschränken.

Digital Tax

Die heutigen Regeln zur Besteuerung von international tätigen Unternehmen entsprechen nicht mehr den Gegebenheiten der modernen, zunehmend digitalisierten Wirtschaft. Für die Geschäftstätigkeit in einem Staat ist heute keine physische Präsenz in Form einer Betriebsstätte mehr erforderlich, welche eine Steuerpflicht begründet. Es genügt eine digitale Präsenz, die schwierig oder gar nicht zu erfassen ist und darum nicht vollständig besteuert werden kann. Die OECD erarbeitet zurzeit

Vorschläge, wie die Unternehmensbesteuerung an die neuen Entwicklungen angepasst werden kann. Am Grundsatz, Steuern dort zu erheben, wo die Wertschöpfung erzielt wird, soll dabei nicht gerüttelt werden. In der EU wird eine Orientierung der Besteuerung an den Umsätzen der Digitalunternehmen diskutiert. Zudem planen einzelne Staaten einseitige Massnahmen zur Besteuerung von grossen globalen Tech-Unternehmen. Als wichtiger Standort für international tätige Unternehmen hätte eine Anpassung der Unternehmensbesteuerung auch Auswirkungen auf die Schweiz.

1.5 Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumspotentiale

Die Schweiz ist weltweit weiterhin der grösste Finanzplatz für die grenzüberschreitende Vermögensverwaltung. Die Schweizer Finanzindustrie ist jedoch in den letzten Jahren langsamer gewachsen als die Gesamtwirtschaft und steht auch im internationalen Wettbewerb der Finanzplätze unter Druck. Gemäss dem Global Financial Centres Index haben die beiden Standorte Zürich und Genf im Vergleich zum Vorjahr Plätze eingebüsst: Zürich rangiert auf Platz 16 (Vorjahr: 11) und Genf auf Platz 26 (Vorjahr 20).⁶ Im europäischen Vergleich rangiert Zürich auf Platz 2 nach London und vor Frankfurt, Genf auf Platz 6.

Für die Wettbewerbsfähigkeit ist es deshalb essenziell, dass die Standortfaktoren der Schweiz kontinuierlich verbessert werden. Damit die Schweiz auch zukünftig im internationalen Vergleich über einen starken konkurrenzfähigen Finanzmarkt verfügt, sind bestmögliche, international akzeptierte Rahmenbedingungen notwendig. Die politischen Entscheidungsträger haben die Zeichen erkannt. Der Bundesrat hat sich am 9. Mai 2018 über die Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes informieren lassen, die das Forum Finanzmarktpolitik unter der Leitung des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen und mit Einbezug der Privatwirtschaft, namentlich auch der SBVg, untersucht. Dazu zählen nebst den generellen Rahmenbedingungen wie Arbeitsmarkt, regulatorisches Umfeld und Bildung auch finanzmarktspezifische Massnahmen, wie beispielsweise die Weiter-

⁶ Z/Yen Group Limited (2018). Die Gründe für den Abstieg sind nicht eindeutig bestimmbar. Beide Standorte weisen ein relativ gutes Geschäftsumfeld auf (z. B. politische Stabilität, Steuerbelastung, regulatorisches Umfeld). Vor allem in den Bereichen Reputation und Humankapital weisen sie aber gemäss Global Financial Centres Index Defizite auf.

entwicklung des Regulierungsprozesses, die Verbesserung des EU-Marktzugangs oder die Abschaffung der Stempelabgaben.

Jüngste Entwicklungen

Im Jahr 2017 ist das von Banken in der Schweiz verwaltete Vermögen um fast 10 Prozent gewachsen. Damit verzeichnete das verwaltete Vermögen in der Schweiz Ende 2017 einen neuen Höchststand seit der Finanzkrise (vgl. Kapitel 4). Die Zukunftsaussichten sehen positiv aus. Gemäss einer Prognose der Boston Consulting Group wächst das verwaltete grenzüberschreitende Vermögen in der Schweiz bis 2021 um jährlich 3 bis 4 Prozent.⁷

Darüber hinaus weist vor allem das Asset Management als wichtige Säule des Finanzplatzes Schweiz ein hohes globales Wachstumspotential auf. Gemäss aktuellen Erhebungen und Schätzungen haben die im Asset Management verwalteten Vermögen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rund 13 Prozent zugenommen (vgl. Kapitel 6). Es wird erwartet, dass dieses Wachstum anhält, sofern der Standort Schweiz weiterhin attraktive Rahmenbedingungen anbietet und der Zugang zu internationalen Wachstumsmärkten gewährleistet ist.

Ein starkes Wachstum ist im Weiteren im Bereich der nachhaltigen Investitionen zu erwarten. Als nachhaltige Investitionen (Sustainable Investments, SI) gelten gemäss dem Forum für Nachhaltige Geldanlage diejenigen Anlageprozesse, welche die ESG-Kriterien Umwelt, Soziales und Governance in die Finanzanalyse miteinbeziehen. Die neuste Marktanalyse des Verbands «Swiss Sustainable Finance» dokumentiert von 2016 zu 2017 ein eindruckliches Wachstum von 82 Prozent der nachhaltigen Investitionen in der Schweiz.⁸ Der Anteil nachhaltiger Investitionen beträgt damit ca. 8,7 Prozent am gesamten Schweizer Fondsmarkt. Ein Haupttreiber dieser Entwicklung ist die Zunahme der Nachfrage seitens der Pensionskassen. Diese reagieren damit auf ein zunehmendes gesellschaftliches und politisches Bewusstsein bezüglich der Auswirkungen von Anlageentscheidungen. Die Marktteilnehmer erwarten, dass dieser Trend anhält und nachhaltige Investitionen auch in Zukunft mit zweistelligen Wachstumsraten zunehmen.

⁷ The Boston Consulting Group (2017). Gemäss neusten Ergebnissen (BCG Global Wealth 2018) ist im Bereich der sehr vermögenden Privatkunden (UHNW) ein Wachstum von bis zu 5 Prozent zu erwarten.

⁸ Swiss Sustainable Finance (2018)

Abb. 3

Ausgewählte Ereignisse, die den Finanzplatz bewegten

Wann	Thema	Meldung
Jan 17	Steuern	Seit dem 1. Januar 2017 setzen die Schweizer Banken den Automatischen Informationsaustausch (AIA) mit dem Ausland um.
Jan 17	Strukturwandel	Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die zentralen Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft.
Feb 17	Steuern	Das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) eröffnet Vernehmlassung zur Einführung des AIA mit zusätzlichen Ländern. Das Inkrafttreten des AIA ist auf den 1. Januar 2018 vorgesehen.
Apr 17	Steuern	Der Bundesrat lehnt den Gegenentwurf zur Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» ab.
Juni 17	Bankensektor	Die Banken haben gemäss dem Stabilitätsbericht der Schweizerischen Nationalbank (SNB) ihre Kapitalquote verbessert. Risiken bestehen in der Vergabe von Hypotheken.
Aug 17	Regulierung	Die revidierte Bankenverordnung tritt in Kraft. Die Entgegennahme von Publikumseinlagen von weniger als CHF 1 Millionen ist künftig bewilligungsfrei. Die Abwicklungsfrist für Fintech-Unternehmen wird neu auf 60 Tage verlängert.
Sept 17	Steuern	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Steuervorlage 17.
Sept 17	Regulierung	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über den Datenschutz und die Änderung weiterer Erlasse zum Datenschutz.
Sept 17	Steuern	Der Ständerat bekräftigt sein Nein zur Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» und zum Gegenvorschlag.
Sept 17	Wirtschaftspolitisches Umfeld	Das Schweizer Stimmvolk spricht sich gegen die Reform der Altersvorsorge 2020 aus.
Nov 17	Regulierung	Der Bundesrat verabschiedet die Revision der Eigenmittelverordnung (ERV). Sie betrifft einerseits die Einführung einer Leverage Ratio (LR) und andererseits neue Vorschriften auf dem Gebiet der Risikoverteilung. Damit werden zwei Ergänzungen der internationalen Standards von Basel III umgesetzt.
Dez 17	Regulierung	Das Bundesgesetz über den internationalen automatischen Austausch länderbezogener Berichte multinationaler Konzerne (ALBAG) tritt in Kraft.
Dez 17	Steuern	Das Parlament stimmt der Ausweitung des AIA auf 41 Länder zu und verlangt eine periodische Prüfung der Einhaltung gewisser Standards in diesen Ländern.
Dez 17	Regulierung	Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht finalisiert die Basel-III-Standards.
Dez 17	Steuern	Der National- und Ständerat beschliessen auf eine Revision des Steuerstrafrechts zu verzichten.
Dez 17	Wirtschaftspolitisches Umfeld	Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» veröffentlicht seinen Jahresbericht zuhänden des Bundesrates.
Dez 17	Wirtschaftspolitisches Umfeld	Die EU befristet die Anerkennung der Äquivalenz der Schweizer Börsenregulierung auf ein Jahr.
Jan 18	Steuern	Die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» wird zurückgezogen.
Jan 18	Strukturwandel	Inkrafttreten der zweiten Edition der Zahlungsverkehrsdirektive (Payment Services Directive, PSD2) in der EU.

Jan 18	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet Vernehmlassung zur Umsetzung der Empfehlungen des «Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes» (Global Forum).
Feb 18	Steuern	Die OECD eröffnet das Konsultationsverfahren zur Initiative «Vermeidung von AIA-Umgehungen mittels Scheindomizilen».
Feb 18	Regulierung	Der Bund eröffnet die Vernehmlassung zur Änderung der Eigenmittelverordnung.
März 18	Steuern	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Steuervorlage 17.
Apr 18	Strukturwandel	Der Bundesrat verabschiedet die neu erarbeitete nationale Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS).
Apr 18	Steuern	Der Beirat «Zukunft Finanzplatz» veröffentlicht seine Empfehlungen zur Reform der Verrechnungssteuer zuhänden des Bundesrates.
Mai 18	Wettbewerbsfähigkeit	Das Forum Finanzmarktpolitik informiert den Bundesrat über die Möglichkeiten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Finanzplatzes.
Mai 18	Bankensektor	Gründung des Verbandes Schweizer Regionalbanken.
Jun 18	Regulierung	Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zur Revision des Geldwäschereigesetzes.
Jun 18	Regulierung	Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zum Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz).
Jun 18	Steuern	Der Ständerat stimmt mit grosser Mehrheit für die Steuervorlage 17.
Jun 18	Wirtschaftspolitisches Umfeld	Der Bundesrat beschliesst Eventualmassnahmen zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur.
Jun 18	Regulierung	Das Schweizer Stimmvolk spricht sich klar gegen die Vollgeld-Initiative aus.
Jun 18	Regulierung	Das Schweizer Parlament verabschiedet die Gesetzesvorlagen des Finanzdienstleistungsgesetzes (FIDLEG) und des Finanzinstitutsgesetzes (FINIG).
Jun 18	Regulierung	Das EFD eröffnet die Vernehmlassung zur Änderung der Bankenverordnung: Unternehmen ohne Banklizenz soll es ermöglichen, Publikumseinlagen bis zu CHF 100 Millionen entgegen zu nehmen.
Jun 18	Regulierung	Der Bundesrat verabschiedet den Bericht zum Einsatz innovativer Technologien im Bereich der Finanzmarktaufsicht und -regulierung (RegTech).
Juli 18	Regulierung	Die SBVg veröffentlicht die revidierte Vereinbarung über die Standesregeln zur Sorgfaltspflicht der Banken (VSB 20).
Juli 18	Strukturwandel	Einführung des neuen internationalen Standards ISO 20022 für den Schweizer Zahlungsverkehr.
Juli 18	Regulierung	Die FINMA konkretisiert das angekündigte Kleinbanken-Regime und startet eine Pilotphase. Ziel ist ein Regulierungsregime mit einer stark reduzierten Komplexität.
Jun 18	Regulierung	Die FINMA hat das Rundschreiben «Prüfwesen» revidiert.

2 Geschäftserfolg der Banken

Im Jahr 2017 haben 229 der insgesamt 253 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn erzielt. Die Gewinne summierten sich auf CHF 10,3 Mrd. Die Verluste der unprofitablen Institute reduzierten sich deutlich um CHF 3,3 Mrd. auf CHF 0,5 Mrd. (-84,6 %). Die Banken entrichteten Steuern in der Höhe von CHF 2,2 Mrd.

Der aggregierte Geschäftserfolg belief sich 2017 auf CHF 62,5 Mrd. (-0,1 %). Innerhalb der Bilanzen trug der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trotz des Niedrigzinsumfelds mit CHF 24,0 Mrd. (-0,6 %) den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft steigt erstmalig seit 2013 wieder um CHF 0,8 Mrd. (+4,0 %) auf CHF 21,7 Mrd an. Das Handelsgeschäft legte ebenfalls um CHF 1,6 Mrd. (+25,4 %) kräftig zu. Lediglich der übrige ordentliche Erfolg ist um CHF 2,3 Mrd. (-20,4 %) rückläufig.⁹

⁹ Die Werte in den Abbildungen können aufgrund von Rundungsdifferenzen von den Werten im Text geringfügig abweichen.



2.1 Entwicklungen im Jahr 2017

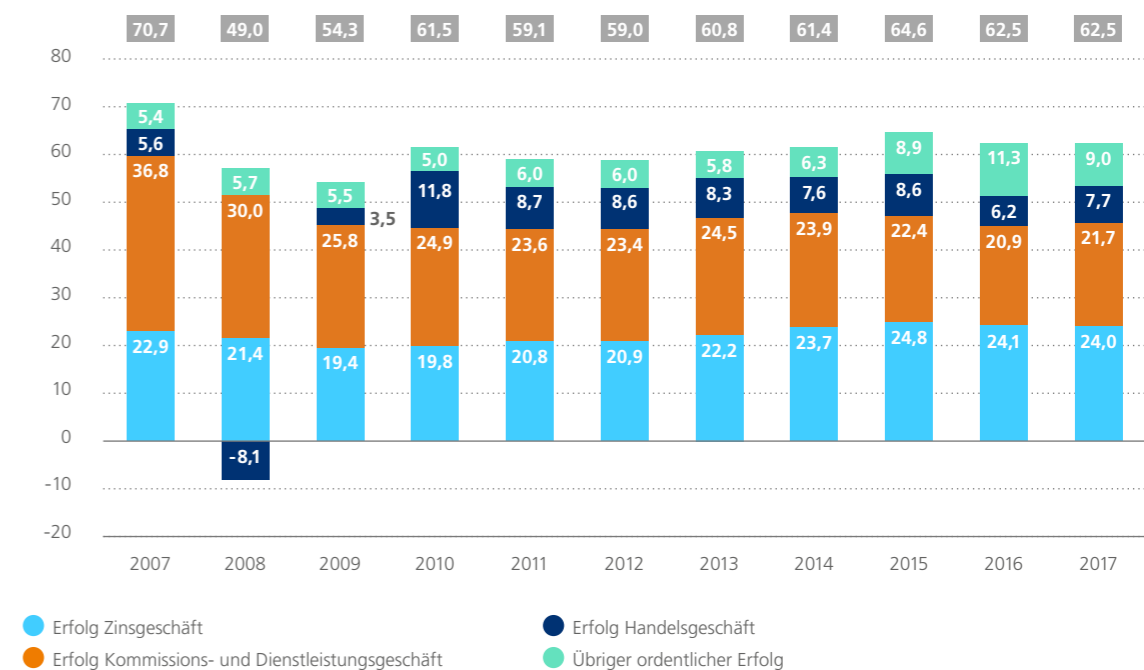
2.1.1 Geschäftserfolg nach Geschäftsbereichen

Der aggregierte Geschäftserfolg setzt sich aus den Erfolgen aus Zinsgeschäft, Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft, Handelsgeschäft sowie dem übrigen ordentlichen Erfolg zusammen. Der Geschäftserfolg ist nahezu unverändert zum Vorjahr und liegt 2017 wie im Vorjahr bei CHF 62,5 Mrd. Rückblickend auf die letzten elf Jahre verzeichnete der Geschäftserfolg einen Tiefstand im Jahr 2008 mit CHF 49,0 Mrd. Gegenüber dem Jahr 2008 hat sich der Geschäftserfolg erholt und um CHF 13,5 Mrd. (+27,7 %) zugelegt.

Abb. 4

Erfolg nach Geschäftsbereichen

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Das Zinsgeschäft steuert den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei

Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft trägt mit 38,4 Prozent im Jahr 2017 den grössten Teil zum Geschäftserfolg bei. Das Niedrigzinsumfeld erschwert das Zinsdifferenzgeschäft der Banken weiterhin. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft sank leicht von CHF 24,1 Mrd. im Jahr 2016 auf CHF 24,0 Mrd. im Jahr 2017 (-0,6 %). Der leicht negative Saldo ergibt sich daraus, dass die Zinserträge (+CHF 1,3 Mrd.) weniger stark gestiegen sind als die Zinsaufwände (+CHF 1,4 Mrd.). Der Anstieg des Zins- und Diskontertrags um CHF 900 Mio. sowie Zins- und Dividendenenertrag aus Handelsbeständen (+CHF 368 Mio.) war nicht so stark wie der erneute Anstieg des Zinsaufwandes um CHF 1,4 Mrd. und der Rückgang von Zins- und Dividendenenertrag aus Finanzanlagen (-CHF 16 Mio.). Ein wichtiger Grund für den Anstieg des Zinsaufwandes sind die Negativzinsen. Die Banken in der Schweiz haben im vergangenen Jahr der SNB Negativzinsen in Höhe von ca. CHF 2,0 Mrd. bezahlt, was einer Zunahme von rund CHF 500 Mio. gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft steigt erstmalig seit 2013 wieder

Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft stellt mit 34,8 Prozent den zweitwichtigsten Posten am Gesamterfolg dar. Er ist 2017 um 4,0 Prozent gestiegen und entspricht CHF 21,7 Mrd. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft ist damit erstmalig seit dem Jahr 2013 wieder angestiegen. Haupttreiber war der Anstieg des Kommissionsertrages aus dem Wertschriften- und Anlagegeschäft (+CHF 1,2 Mrd.). Der Kommissionsertrag aus dem Kreditgeschäft hat ebenfalls leicht zugelegt (+CHF 0,1 Mrd.). Der Kommissionsertrag «übriges Dienstleistungsgeschäft» blieb unverändert bei CHF 4,4 Mrd., während der Kommissionsaufwand angestiegen ist (+CHF 0,4 Mrd.). Die Grossbanken (+CHF 0,3 Mrd.) und die «Übrigen Banken»¹⁰ (+CHF 0,5 Mrd.) haben am stärksten von der Zunahme profitiert. Eine der Hauptursachen ist, dass die Anzahl der Transaktionen gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat, wie beispielsweise die Zunahme der Börsengänge weltweit im Vergleich zum Jahr 2016 zeigt. Dies wirkt sich positiv auf das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft aus.

¹⁰ Die Bankengruppe «Übrigen Banken» besteht aus «Andere Banken» und «Börsenbanken». Unter «Andere Banken» werden alle Banken zusammengefasst, die sich nicht in andere Gruppen einfügen lassen und über keine nennenswerten gemeinsamen Merkmale verfügen.

Deutlicher Anstieg beim Handelsgeschäft

Der Erfolg aus dem Handelsgeschäft ist im Jahr 2017 um CHF 1,6 Mrd. (+25,4 %) angestiegen und machte mit CHF 7,7 Mrd. 12,4 Prozent am Gesamterfolg aus. Der Anstieg wurde massgeblich durch die Bankengruppe Grossbanken bestimmt (+CHF 1,6 Mrd.). Rückläufig war die Entwicklung bei den ausländischen Banken (-CHF 82 Mio.). Die restlichen Bankengruppen hatten verhältnismässig moderate Entwicklungen zu verzeichnen. Bei den Entwicklungen ist zu berücksichtigen, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2017 wesentlich günstiger waren als noch im Jahr 2016, was sich förderlich auf die Handelsaktivitäten der Bankkunden auswirkte. Eine Grossbank nennt beispielsweise eine höhere Kundenaktivität in der Region Asien/Pazifik und in der Schweiz als Grund für die Zunahme des Erfolgs aus dem Handelsgeschäft. Aufgrund der gestiegenen Volatilität an den Devisenmärkten haben gemäss SIX Swiss Exchange zudem die Absicherungsgeschäfte zugenommen.

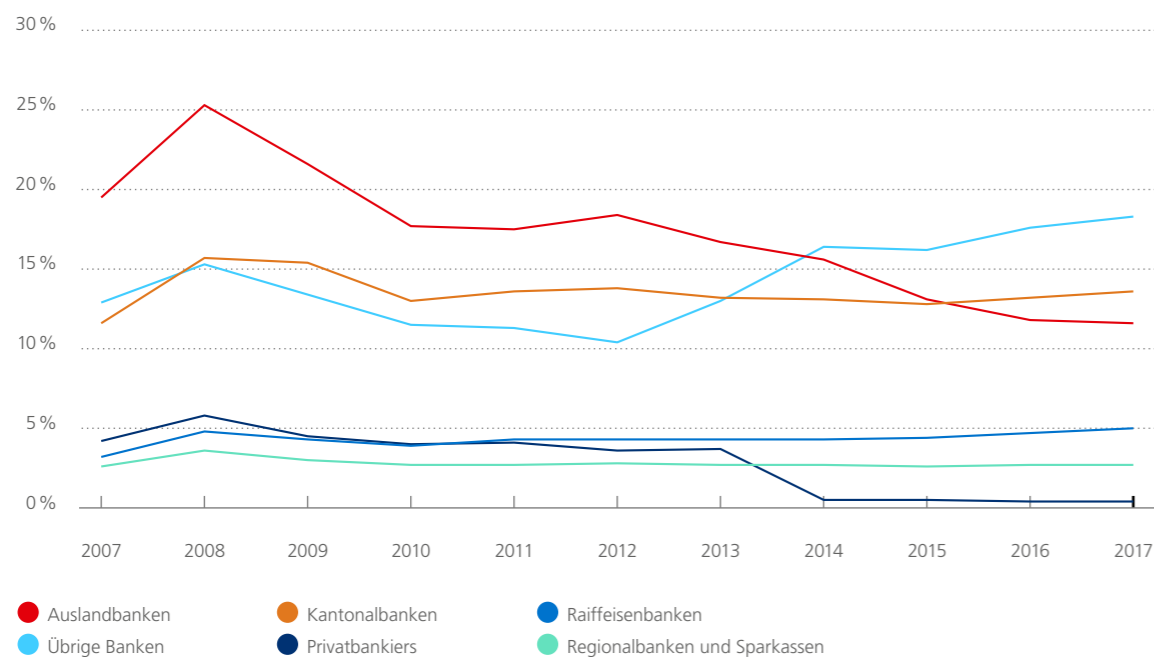
Rückgang des übrigen ordentlichen Erfolgs

Der übrige ordentliche Erfolg sank um CHF 2,3 Mrd. auf CHF 9,0 Mrd. (-20,4 %) und machte damit 14,4 Prozent des Gesamterfolges aus. Der Rückgang ist insbesondere auf die Verlagerung von Aufgaben aus dem Stammhaus einer Grossbank in eine konzerninterne Dienstleistungsgesellschaft zurückzuführen, was den «anderen ordentlichen Ertrag» um CHF 1,2 Mrd. reduzierte. Der Beteiligungsertrag nahm um CHF 1,1 Mrd. ab. Leicht gesunken sind der «andere ordentliche Aufwand» um CHF 0,1 Mrd. und der Erfolg aus Veräusserungen von Finanzanlagen ebenfalls um CHF 0,1 Mrd. Der Liegenschaftserfolg blieb mit CHF 0,8 Mrd. hingegen unverändert.

2.1.2 Geschäftserfolg nach Bankengruppen

Die Kantonalbanken (+2,9 %), Regionalbanken und Sparkassen (+1,5 %), Raiffeisenbanken (+6,8 %), Privatbankiers (+10,8 %) sowie «Übrige Banken» (+4,0 %), bestehend aus den Gruppen «Andere Banken» und Börsenbanken, konnten ihren Geschäftserfolg gegenüber dem Vorjahr steigern. Bei den Bankengruppen Grossbanken (-2,7 %) und Auslandbanken (-1,7 %) ist der Geschäftserfolg gesunken.

Abb. 5

Erfolgsanteile nach Bankengruppen (ausgenommen Grossbanken)¹¹

Quelle: SNB

Entsprechend der moderaten Entwicklung des Geschäftserfolges haben sich die Erfolgsanteile der Bankengruppen gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Die Kantonalkontobanken verzeichneten einen Anstieg von 13,2 Prozent auf 13,6 Prozent, ebenso die «Übrigen Banken» und die Raiffeisenbanken, welche ihren Anteil von 17,6 Prozent auf 18,3 Prozent und von 4,7 Prozent auf 5,0 Prozent ausbauten. Der Anteil der Grossbanken sank gegenüber dem Vorjahr hingegen erneut von 49,6 Prozent auf 48,3 Prozent. Leicht rückläufig war ebenfalls der Anteil der Auslandbanken von 11,8 auf 11,6 Prozent. Die Anteile der Regionalbanken und Sparkassen sowie der Privatbankiers veränderten sich nur geringfügig.

¹¹ Der Erfolgsanteil der Grossbanken liegt seit 2009 zwischen 46 und 51 Prozent und ist damit wesentlich höher als die Anteile der verbleibenden Bankengruppen. Um die Entwicklung der verbleibenden Bankengruppen besser aufzeigen zu können, wird die Entwicklung der Anteile der Grossbanken in der Abbildung nicht dargestellt.

Seit dem Jahr 2012 stieg der Anteil der «Übrigen Banken» am Gesamterfolg von 10,4 Prozent auf 18,3 Prozent an. Auch die Grossbanken konnten ihren Anteil am Gesamterfolg in diesem Zeitraum von 46,8 Prozent auf 48,3 Prozent ausbauen (nicht abgebildet). Die Anteile der Privatbankiers und Auslandbanken sanken seit 2012 von 3,6 Prozent auf 0,4 Prozent und von 18,4 Prozent auf 11,6 Prozent. Der Rückgang bei den Privatbankiers hat mit der Änderung der Rechtsstruktur von Instituten seit dem Jahr 2014 zu tun. Diese Institute werden seitdem unter den Börsenbanken geführt, weshalb es zu Strukturbrüchen in den Statistiken der Bankengruppen «Privatbankiers» und «Börsenbanken» gekommen ist. Der Rückgang bei den Auslandbanken ist teilweise ein internationales Phänomen. Im Rahmen von Umstrukturierungen reduzieren Banken ihre internationalen Aktivitäten auf ausgewählte Geschäftsbereiche. Hinzu kommen ein genereller Margendruck und die sinkende Rentabilität in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung. Die Anteile der verbleibenden Bankengruppen haben sich nur geringfügig verändert.

2.1.3 Jahresgewinn und Steuern

Der Bruttogewinn aus der Geschäftstätigkeit der Banken in der Schweiz nahm 2017 um CHF 2,0 Mrd. (+11,9 %) zu und summierte sich auf CHF 18,5 Mrd. Die Zunahme ist dem Sinken des Geschäftsaufwandes (CHF -2,0 Mrd.) zuzuordnen.

Im Jahr 2017 haben 229 der insgesamt 253 Banken in der Schweiz einen Jahresgewinn¹² erzielt. Deren Jahresgewinne summierten sich auf CHF 10,3 Mrd. und waren somit CHF 1,5 Mrd. niedriger als im Jahr zuvor (-12,7 %). Die Verluste der unprofitablen Institute reduzierten sich deutlich um CHF 3,3 Mrd. auf CHF 0,5 Mrd. (-84,6 %). Dies ist der tiefste Wert nach Ausbruch der Finanzkrise 2007. Insgesamt ist der aggregierte Jahresgewinn (Periodenerfolg) über alle Banken um CHF 1,9 Mrd. (+24,0 %) gegenüber dem Vorjahr angestiegen und liegt nun bei CHF 9,8 Mrd. Den grössten Anteil am aggregierten Periodenerfolg verzeichneten die Bankengruppe Grossbanken (CHF 3,2 Mrd.), Kantonalkontobanken (CHF 2,9 Mrd.) und Börsenbanken (CHF 1,2 Mrd.).

¹² Der Jahresgewinn resultiert aus Bruttogewinn abzüglich «Abschreibungen auf dem Anlagevermögen», «Wertberichtigungen, Rückstellungen und Verluste», «ausserordentlicher Aufwand», «Steuern» und zuzüglich dem «ausserordentlichen Ertrag».

Trotz des Anstiegs des Gewinns sind die entrichteten Ertrags- und Gewinnsteuern in Höhe von CHF 2,2 Mrd. um 3,5 Prozent niedriger als im Vorjahr.¹³

2.2 Entwicklungen im Jahr 2018

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für das Jahr 2018 ein globales Wirtschaftswachstum von 3,9 Prozent.¹⁴ Die weltweite wirtschaftliche Lage ist nach wie vor positiv. Ereignisse wie der Brexit, der zunehmende Handelsprotektionismus sowie politische Krisen (Syrien-Krieg) haben die konjunkturelle Entwicklung bisher nicht massgeblich negativ beeinflusst. Die positive wirtschaftliche Entwicklung setzte sich in den USA, China und Europa auch im ersten Halbjahr 2018 fort. Die Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU führte vorübergehend zu einer Entspannung beim Schweizer Franken. Angesichts der Entwicklung der internationalen Konjunktur sind die Aussichten für die Schweizer Wirtschaft für das laufende Jahr weiterhin positiv. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) rechnet für das Jahr 2018 mit einem Wachstum von rund 2,4 Prozent.

Die SNB erachtet den Schweizer Franken nach wie vor als hoch bewertet und die Lage am Devisenmarkt ist weiterhin fragil. Sie hält deshalb die Geldpolitik vorerst unverändert expansiv. Der Negativzins und die Bereitschaft zu Devisenmarkt-Interventionen sind nach ihren Aussagen «unverändert notwendig». Das Zielband für den Dreimonats-Libor bleibt bei -1,25 Prozent bis -0,25 Prozent. Der Zins auf Sichteinlagen bei der SNB beträgt weiterhin -0,75 Prozent. Erste vorsichtige Schritte zur Reduktion der expansiven Geldpolitik deuten sich dennoch an. Dies zeigt sich beispielsweise in der leichten Abnahme der Bilanzsumme der SNB von CHF 843,3 Mrd. per Ende 2017 auf CHF 827,9 Mrd. (-1,8 %) im ersten Halbjahr 2018.

Die wirtschaftliche Entwicklung führte trotz der zunehmenden Unsicherheiten zu einer verhalten positiven Stimmung an den Börsen. Dies spiegelt sich in der Steigerung des Handelsumsatzes im ersten Halbjahr 2018 um 1,5 Prozent gegenüber der Vorjahresperiode auf CHF 733,5 Mrd. wider. Pro Handelstag wurden seit Jahresbeginn durchschnittlich CHF 6 Mrd. umgesetzt.¹⁵

Obwohl die Aktienmärkte weltweit positiv bewertet sind, ging die Anzahl der IPOs (Initial Public Offering) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 14,5 Prozent auf insgesamt 660 zurück.¹⁶ Zur Einordnung der Entwicklung ist zu beachten, dass die Anzahl der IPOs im ersten Halbjahr 2017 mit 941 IPOs einen Höchststand seit 2007 erreicht hatte und der Referenzpunkt somit auf einem hohen Niveau lag. Es bleibt abzuwarten, wie sich diese Entwicklung auf den Erfolg aus dem Handelsgeschäft im laufenden Jahr auswirken wird. Gleichzeitig nahmen Initial Coin Offerings (ICO) und hybride Modelle als Finanzierungsalternativen kontinuierlich zu. Wurden 2017 in der Schweiz insgesamt 33 ICOs durchgeführt, sind es im laufenden Jahr bereits 28, mit 36 zusätzlichen ICOs in Planung bis Ende Jahr.¹⁷

¹³ Ein Grund dafür könnte ein konzerninterner Beteiligungsverkauf einer Grossbank im Jahr 2016 sein. Dieser führte damals zu ausserordentlichen Erträgen in der Höhe von CHF 10,7 Mrd.

¹⁴ Internationaler Währungsfonds (2018)

¹⁵ SIX Swiss Exchange (2018)

¹⁶ Ernst & Young (2018)

¹⁷ PricewaterhouseCoopers (2018)

3 Bilanzgeschäft

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2017 um CHF 148,6 Mrd. auf CHF 3'249,4 Mrd. Die Währungsinterventionen der SNB wirken sich auf die Zusammensetzung der Aktiven der Geschäftsbanken aus. Die Giro Guthaben der Banken bei der SNB befinden sich nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau. Die Banken in der Schweiz erfüllen seit der Einführung der Negativzinsen und der Aufhebung des Euro-Mindestkurses ihre Funktion als Kreditgeber und Finanzierungspartner vollumfänglich.¹⁸

3.1 Entwicklungen im Jahr 2017

3.1.1 Entwicklung der Bilanzen

Die aggregierte Bilanzsumme aller Banken in der Schweiz stieg im Jahr 2017 von CHF 3'100,8 Mrd. auf CHF 3'249,4 Mrd. (+4,8 %). Dies ist primär auf die Marktentwicklung bei den Vermögenswerten und auf ein Wachstum des Kreditvolumens, u.a. als Folge der expansiven Geldpolitik, zurückzuführen. Die Grossbanken legten gegenüber dem Vorjahr mit CHF 111,6 Mrd. am stärksten zu, gefolgt von den Kantonalbanken (+CHF 22,1 Mrd.), den Raiffeisenbanken (+CHF 10,0 Mrd.), den

¹⁸ Staatssekretariat für Wirtschaft (2018)

«Andere Banken» (+CHF 3,8 Mrd.) sowie den Regionalbanken und Sparkassen (+CHF 2,0 Mrd.). Die Auslandbanken (+CHF 1,1 Mrd.) und Privatbankiers (+CHF 0,3 Mrd.) weisen ebenfalls einen leichten Zuwachs aus. Lediglich die Börsenbanken verzeichneten einen Rückgang der Bilanzsumme (-CHF 2,31 Mrd.).

Abb. 6

Bilanzsumme nach Bankengruppen

In Mrd. CHF	Bilanzsumme		Veränderung	Anteile 2017
	2016	2017		
Kantonalbanken	553,2	575,3	4,0 %	17,7 %
Grossbanken	1'454,8	1'566,4	7,7 %	48,2 %
Regionalbanken und Sparkassen	116,1	118,1	1,7 %	3,6 %
Raiffeisenbanken	215,3	225,3	4,6 %	6,9 %
Auslandbanken	323,5	324,6	0,3 %	10,0 %
Privatbankiers	5,9	6,2	5,1 %	0,2 %
Börsenbanken	226,3	224,0	-1,0 %	6,9 %
Andere Banken	205,7	209,5	1,8 %	6,4 %
Total	3'100,8	3'249,4	4,8 %	100,0 %

Quelle: SNB

Hypothekarforderungen nehmen die grösste Aktivposition ein

Die in- und ausländischen Hypothekarforderungen erhöhten sich 2017 gegenüber dem Vorjahr von CHF 967,5 Mrd. um CHF 27,8 Mrd. (+2,9 %) auf CHF 995,3 Mrd. Damit blieben die Hypothekarforderungen auch 2017 mit einem Anteil von rund 30,6 Prozent der bedeutendste Aktivposten der Banken in der Schweiz. Während die Bestände bei den Grossbanken gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert blieben, verzeichneten alle anderen Bankengruppen einen Anstieg der Hypothekarforderungen. Insbesondere die Kantonalbanken (+CHF 13,2 Mrd.), die Raiffeisenbanken (+CHF 7,2 Mrd.) sowie «Andere Banken» (+CHF 2,4 Mrd.) verzeichneten einen deutlichen Anstieg. Rund ein Drittel der Hypothekarforderungen werden für Mietimmobilien verwendet.¹⁹

¹⁹ Schweizerische Nationalbank (2018): Bericht zur Finanzstabilität 2018

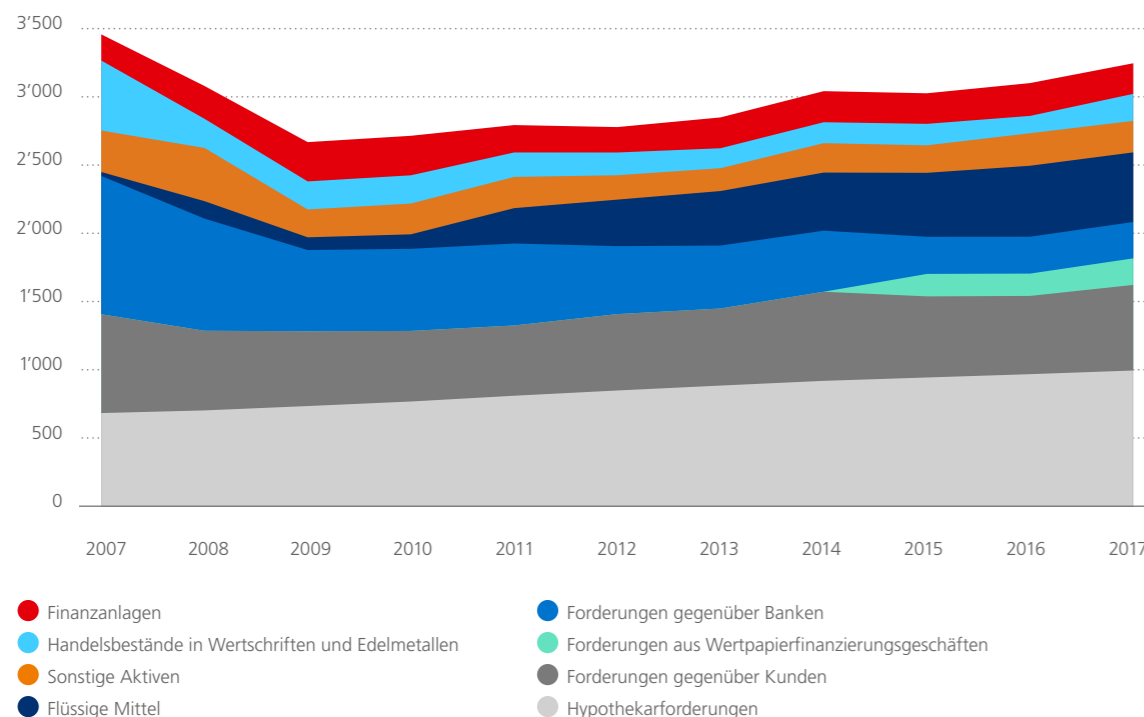
Forderungen gegenüber Kunden nehmen zu

Mit einem Anteil von 19,3 Prozent an den gesamten Aktiven stellten die Forderungen gegenüber Kunden den zweitgrössten Posten dar. Die Forderungen stiegen 2017 um CHF 52,6 Mrd. (+9,2 %) auf CHF 625,9 Mrd. Insbesondere die Forderungen gegenüber Kunden im Ausland sind gegenüber dem Vorjahr deutlich um CHF 54,3 Mrd. auf CHF 469,5 Mrd. angestiegen. Eine ausgeprägte Zunahme ist in Euro, Edelmetalle, Yen und «übrigen Währungen» zu beobachten. Forderungen in Dollar und Schweizer Franken nahmen hingegen nur leicht zu. Der grösste Teil dieser Zunahme fällt dabei auf die Grossbanken (+CHF 40,3 Mrd.), die Börsenbanken (+CHF 9,4 Mrd.) und die Auslandsbanken (+CHF 4,3 Mrd.). Die Forderungen gegenüber Kunden im Inland waren rückläufig und sind um CHF 1,8 Mrd. auf CHF 156,4 Mrd. gesunken.

Abb. 7

Zusammensetzung der Aktiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Abnahme der flüssigen Mittel

Die flüssigen Mittel nahmen um CHF 9,1 Mrd. auf CHF 511,4 Mrd. ab (-1,8 %). Die Bestände reduzierten sich sowohl im Inland (-CHF 1,1 Mrd.) als auch im Ausland (-CHF 8,1 Mrd.). Die Abnahme der flüssigen Mittel im Ausland ist auf die Grossbanken (-CHF 8,2 Mrd.) zurückzuführen und betraf insbesondere deren Sichtguthaben (Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, auf Sicht) bei ausländischen Zentralbanken, die im letzten Jahr um CHF 8,0 Mrd. abgenommen haben. Im Inland reduzierten die Grossbanken ihre Bestände an flüssigen Mittel ebenfalls (-CHF 16,0 Mrd.). Die Bankengruppen Kantonalbanken (+CHF 8,1 Mrd.) und Auslandsbanken (+CHF 6,4 Mrd.) bauten ihre Bestände hingegen aus.

Rückgang der Finanzanlagen

Die Bilanzposition Finanzanlagen reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um CHF 14,7 Mrd. (-6,1 %) auf CHF 225,7 Mrd. Dies ist auf einen Rückgang der ausländischen Finanzanlagen zurück zu führen (-CHF 18,6 Mrd.). Die inländischen Finanzanlagen legten hingegen zu (+CHF 3,8 Mrd.). Insbesondere die Finanzanlagen der Grossbanken (-CHF 7,7 Mrd.) sowie der Börsenbanken (-CHF 8,4 Mrd.) verzeichneten einen Rückgang.

Zunahme bei Handelsbeständen in Wertschriften und Edelmetallen

Die Position Handelsbestände in Wertschriften und Edelmetallen nahm gegenüber dem Vorjahr um CHF 70,1 Mrd. (+55,2 %) auf CHF 197,1 Mrd. zu. Eine der Ursachen für die Zunahme war die Verlagerung der Handels- und Wertpapierfinanzierungsgeschäfte einer Grossbank, von einer Tochtergesellschaft im Ausland zu einer Filiale im Ausland. Da die Geschäfte der Filialen in den statutarischen Einzelabschlüssen der Banken enthalten sind, die Geschäfte der Tochtergesellschaften hingegen nicht, führte die Verlagerung der Geschäftsaktivität zu einer Zunahme der Bilanzsumme. Dies äusserte sich in Form des Anstiegs der Forderungen aus Handelsgeschäften (rund +CHF 30 Mrd.) und der Wertpapierfinanzierungsgeschäfte (rund +CHF 7 Mrd.). Ein weiterer Grund waren die günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im vergangenen Jahr, die sich positiv auf die Handelsaktivitäten der Kunden sowie auf die Bewertung der Vermögenswerte ausgewirkt haben.

Grundlegende Veränderungen bei der Zusammensetzung der Aktiven seit 2007

Die Zusammensetzung der Aktiven hat sich zwischen 2007 und 2017 markant verändert. Die flüssigen Mittel verzeichneten zwischen 2007 und 2017 eine enorme Zunahme. Während deren Bestand 2007 bei CHF 28,9 Mrd. lag, umfasste er per Ende 2017 CHF 511,4 Mrd. Zur starken Zunahme trugen mehrere Faktoren bei: Zum einen waren die Interventionen der SNB zur Bekämpfung der Schweizer Frankenstärke ausschlaggebend, da die SNB beim Verkauf von ausländischen Devisen den Gegenwert in Schweizer Franken den Girokonten der Gegenpartei gutschreibt. Ausserdem waren durch die niedrigen Zinsen die Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung gering, weshalb die Banken viel Liquidität auf den Girokonten bei der SNB deponierten. Trotz den seit Januar 2015 erhobenen Negativzinsen haben die inländischen Banken ihre Giro Guthaben bei der SNB von rund CHF 37,2 Mrd. im Jahr 2008 auf CHF 470,4 Mrd. im Jahr 2017 ausgedehnt.

Kontinuierlich zugenommen haben zwischen 2007 und 2017 auch die in- und ausländischen Hypothekarforderungen (+45,9 %, von CHF 682,3 Mrd. auf CHF 995,3 Mrd.). Ihr Anteil an den gesamten Aktiven hat sich von 19,7 Prozent (per Ende 2007) auf 30,6 Prozent per Ende 2017 erhöht. Grund dafür sind ebenfalls die anhaltend niedrigen Zinsen sowie die damit verbundene hohe Nachfrage nach Immobilien. Die Forderungen gegenüber Banken machten 2007 29,3 Prozent gemessen an den Gesamtaktiven aus. 2017 lag der Anteil noch bei 8,2 Prozent (2007: CHF 1'013,6 Mrd., 2017: CHF 267,2 Mrd.). Diese Reduktion ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Banken diese Bilanzposition bewusst abbauten, um die Verflechtungen mit anderen Banken zu reduzieren. Diese Entwicklung ist auch auf die in der Regulierung geforderte höhere Eigenkapitalquote zurückzuführen. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 verzeichneten die Handelsbestände in Wertpapieren und Edelmetallen eine Abnahme um 61,6 Prozent (2007: CHF 513,1 Mrd., 2017: CHF 197,1 Mrd.). Ihr Anteil an den Gesamtaktiven ist von 14,8 Prozent auf 6,1 Prozent gefallen. Diese stetige Reduktion spiegelt die anhaltenden strategischen Bemühungen der Banken, ihre risikogewichteten Aktiva zu reduzieren, wider.



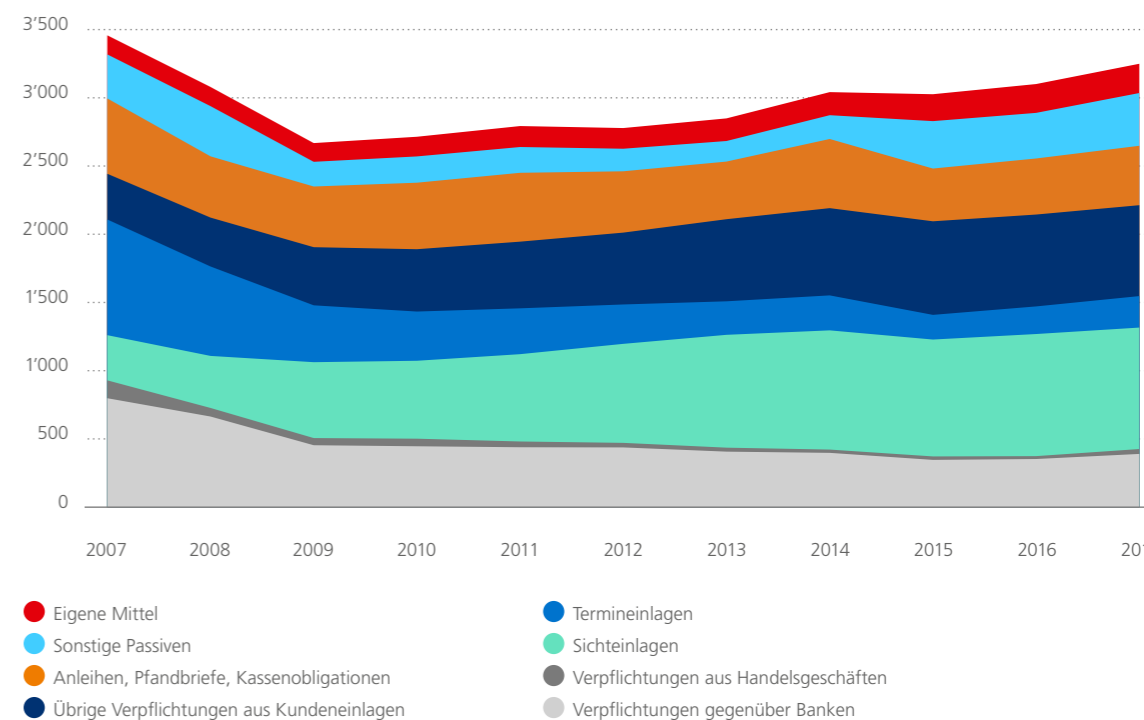
Anstieg bei Verpflichtungen aus Kundeneinlagen bei den Passiven

Die Bilanzposition Verpflichtung aus Kundeneinlagen, welche die Positionen Sichteinlagen (Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, auf Sicht), Termineinlagen (Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, mit Restlaufzeit) und übrige Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfasst, verzeichnete 2017 einen Anstieg um CHF 17,1 Mrd. (+1,0 %) auf CHF 1'788,1 Mrd. Die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen umfassten per Ende 2017 55,0 Prozent der Bilanzsumme. Die Sichteinlagen sind um CHF 5,3 Mrd. (-0,6 %) gesunken. Ebenfalls gesunken sind die übrigen Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 5,6 Mrd. (-0,8 %). Gestiegen sind hingegen die Termineinlagen um CHF 28,0 Mrd. (+13,8 %).

Abb. 8

Zusammensetzung der Passiven

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Massgeblich beeinflusst wurde die Entwicklung der Verpflichtungen gegenüber Kunden durch einen Rückgang der Verpflichtungen gegenüber Kunden im Ausland um CHF 40,5 Mrd. bei gleichzeitigem Anstieg im Inland um CHF 57,6 Mrd. Verantwortlich für den Rückgang ist auch hier die oben erwähnte Verlagerung der Geschäftstätigkeit einer Grossbank, von einer ausländischen Tochtergesellschaft zu einer ausländischen Filiale. Flankierend nahm die verursachende Grossbank durch die Emission von neuen Schuldtiteln durch die inländische Gesellschaft zusätzliche Mittel auf. Dies führte in der Bankengruppe Grossbanken zu einem Anstieg der Verpflichtungen gegenüber Kunden im Inland um CHF 33,1 Mrd., während die Verpflichtungen gegenüber dem Ausland um CHF 21,4 Mrd. sanken.

Anstieg bei Verpflichtungen gegenüber Banken

Die Verpflichtungen gegenüber Banken sind im Jahr 2017 um CHF 37,5 Mrd. (+10,6 %) auf CHF 390,4 Mrd. gestiegen. Damit steigen die Verpflichtungen gegenüber Banken das zweite Jahr in Folge.

Anstieg der eigenen Mittel

Die eigenen Mittel verzeichneten 2017 einen Anstieg von CHF 2,9 Mrd. (+1,4 %) auf CHF 214,1 Mrd. Die eigenen Mittel definieren sich seit dem Jahr 2015 als die Summe aus Gesellschaftskapital, Gesetzliche Kapitalreserve, Gesetzliche Gewinnreserve, Freiwillige Gewinnreserve, Eigene Kapitalanteile (Minusposition) und Gewinn-/Verlustvortrag.

Verpflichtungen aus Handelsgeschäften steigen

Die Verpflichtungen aus dem Handelsgeschäft sind um CHF 13,4 Mrd. (+63,3 %) auf CHF 34,5 Mrd. gestiegen. Massgeblich beeinflusst wurde diese Entwicklung durch die Bankengruppe Grossbanken und deren Verpflichtungen gegenüber dem Ausland aufgrund der Geschäftsverlagerung von einer ausländischen Tochtergesellschaft zu einer ausländischen Filiale derselben Grossbank (siehe oben).

Zunahme bei Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen

Die Bilanzposition «Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen» stieg um CHF 24,9 Mrd. (+6,1 %) an. Die Zunahme ist auf einen Anstieg bei «Anleihen und Pfandbriefdarlehen» um CHF 26,4 Mrd. zurückzuführen. Der Anstieg erfolgte sowohl im Inland (+CHF 20,4 Mrd.) als auch im Ausland (+CHF 6,0 Mrd.).

Die Erhöhung im Inland ist zu einem grossen Teil den Kantonalbanken zuzuschreiben (+CHF 9,2 Mrd.). Für die Zunahme im Ausland sind hingegen die Grossbanken verantwortlich. Die Zunahme im Ausland setzt sich zusammen aus emittierten Geldmarktpapieren (+CHF 14,5 Mrd.) und einer Abnahme bei den emittierten Anleihen (-CHF 8,5 Mrd.). Die Kassenobligationen haben im vergangenen Jahr um CHF 1,5 Mrd. abgenommen.

Zusammensetzung der Passiven über die Zeit

Die Verpflichtungen gegenüber Banken stellten 2007 mit 23,1 Prozent anteilmässig den grössten Passivposten dar, haben seither aber um 51,1 Prozent beziehungsweise von CHF 798,3 Mrd. auf CHF 390,4 Mrd. abgenommen. Dies zeigt, dass die Bankenverflechtungen – insbesondere im Inland – abgenommen haben. Eine Umschichtung von den Termineinlagen hin zu den Sichteinlagen ist in Abbildung 8 ersichtlich. Die Sichteinlagen nahmen zwischen 2007 und 2017 von CHF 331,3 Mrd. auf CHF 890,0 Mrd. zu. Der Anteil der Sichteinlagen an den Gesamtpassiven stieg damit von 9,6 Prozent im Jahr 2007 auf 27,4 Prozent im Jahr 2017. Damit stellten sie per Ende 2017 die grösste Passivposition dar. Entsprechend sank der Anteil der Termineinlagen von 24,5 Prozent im Jahr 2007 auf 7,1 Prozent im Jahr 2017. Im Niedrigzinsumfeld verlieren Termineinlagen gegenüber Sichteinlagen an Attraktivität.

3.1.2 Entwicklung des inländischen Kreditgeschäfts

Das ausstehende inländische Kreditvolumen betrug im Jahr 2017 CHF 1'131,1 Mrd. Davon stammten CHF 156,4 Mrd. aus gedeckten und ungedeckten Forderungen gegenüber Kunden (Unternehmen, öffentliche Körperschaften und Konsumkredite) und CHF 974,7 Mrd. aus Hypothekarforderungen.

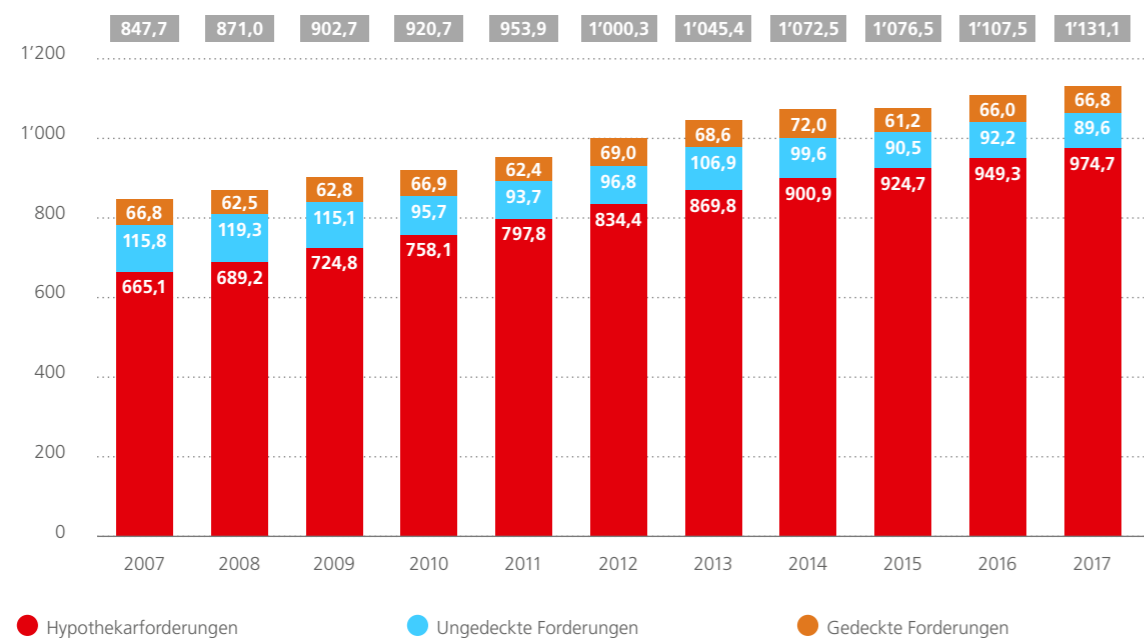
Im Vergleich zum Vorjahr nahm das gesamte inländische Kreditvolumen im Jahr 2017 um 2,1 Prozent zu. Das Wachstum der inländischen Hypothekarkredite (+2,68 %) ist gegenüber dem Vorjahr (+2,66 %) quasi konstant. Die Hypothekarforderungen haben seit 2007 um CHF 309,6 Mrd. (+31,8 %) zugelegt und der Anteil am inländischen Kreditvolumen ist von 78,5 Prozent auf 86,2 Prozent angewachsen. Die Hypothekarforderungen stellen somit kontinuierlich den grössten Anteil am Kreditvolumen. Die gedeckten Forderungen haben ebenfalls zugelegt (+1,3 %), die ungedeckten Forderungen sind hingegen gesunken (-2,8 %).

Die SNB hält in diesem Zusammenhang fest, dass die stabilisierenden Massnahmen, welche zwischen 2012 und 2014 eingeführt wurden, die Risiken im Immobilien- und Hypothekarmarkt substantiell vermindern konnten.

Abb. 9

Entwicklung des inländischen Kreditvolumens

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Private Haushalte beanspruchen 2017 drei Viertel der gesamten Hypothekarforderungen

Die gesamthaft ausstehenden Hypothekarkredite erhöhten sich im Jahr 2017 um 2,9 Prozent auf CHF 995,3 Mrd. Die grosse Mehrheit davon (CHF 974,7 Mrd.) stammte von inländischen Kunden. Wiederum 75 Prozent waren Hypothekarforderungen, die an private Haushalte vergeben wurden. Der Anteil der festverzinslichen Hypothekarkredite an den ausstehenden Hypothekarkrediten betrug im vergangenen Jahr 79 Prozent. Der durchschnittliche Zinssatz der ausstehenden inländischen Hypothekarforderungen sank im Jahr 2017 von 1,63 auf 1,53 Prozent. Im historischen Verlauf haben Hypothekarforderungen mit einer Laufzeit von mehr als fünf

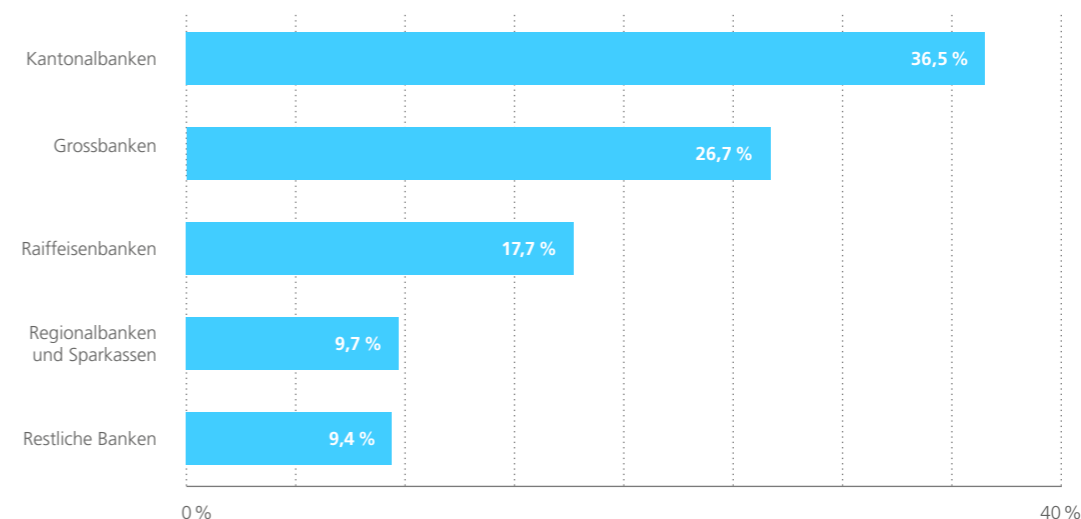
Jahren an Bedeutung gewonnen. Lag deren Anteil im Jahr 2008 noch bei 12,4 Prozent beläuft sich dieser im Jahr 2017 auf 25,6 Prozent.

Kantonalbanken halten den grössten Anteil am inländischen Hypothekarmarkt

Der Marktanteil der Kantonalbanken am inländischen Hypothekarkreditvolumen betrug Ende 2017 etwas mehr als ein Drittel. Dahinter folgten die Grossbanken mit 26,7 Prozent (siehe Abbildung 10). Über die letzten Jahre sind im inländischen Hypothekarkreditmarkt vor allem die Marktanteile der Grossbanken sowie der Regionalbanken und Sparkassen weniger stark gewachsen, während die weiteren Banken, allen voran Raiffeisenbanken und Kantonalbanken, Marktanteile gewonnen haben.

Abb. 10

Marktanteile am inländischen Hypothekarkreditmarkt 2017



Quelle: SNB

Hypothekarkredite im ersten Rang deutlich stärkste Belehnungsgruppe

Aufgegliedert nach Belehnungsgruppen betrug der Anteil der inländischen Hypothekarforderungen im ersten Rang im Jahr 2017 92,6 Prozent. Die Belehnungsgruppe «erster Rang» umfasst Hypothekarforderungen bis zu zwei Dritteln des Verkehrswertes der jeweiligen Immobilie. Dieser Wert lag im Jahr 2016 bei 92,4 Prozent. Zwischen den verschiedenen Bankengruppen können dabei keine

relevanten Unterschiede festgestellt werden. Der hohe Anteil des Hypothekarkreditvolumens im ersten Rang dürfte zum einen auf eine vorsichtige Vergabe im Bereich der Hypothekarkredite und zum anderen auf eine verstärkte Amortisierung der Hypotheken in der zweiten Belehnungsgruppe hindeuten.

Laut dem Stabilitätsbericht der SNB stehen die inlandorientierten Banken auf einem soliden Fundament. In den letzten Jahren wuchs bei den Banken das anrechenbare Kapital deutlich schneller als die risikogewichteten Aktiven. Dies führte zu risikogewichteten Kapitalquoten, die deutlich über den regulatorischen Mindestanforderungen liegen.²⁰

Sinkende Nachfrage nach Konsumkrediten

Konsumkredite haben in der Schweiz nach wie vor eine relativ geringe Bedeutung. Insgesamt waren per Ende 2017 535'201 Kredite mit einem Volumen von CHF 7,3 Mrd. ausstehend. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme des Volumens um 5,0 Prozent.

3.2 Entwicklungen im Jahr 2018

Anstieg der Bilanzsumme

Die aggregierte Bilanzsumme der Banken in der Schweiz ist in den ersten fünf Monaten des Jahres 2018 um CHF 80,2 Mrd. (+2,4 %) gestiegen (Dezember 2017: CHF 3'384,4 Mrd. auf Mai 2018: CHF 3'464,5 Mrd.).²¹ Damit hat sich die positive Entwicklung aus dem Jahr 2017 auch im Jahr 2018 fortgesetzt.

Aktiven: Forderungen steigen

Im Zeitraum von Januar bis Mai haben die Bilanzpositionen Forderungen gegenüber Banken um CHF 20,8 Mrd. (+6,9 %), Forderungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften um CHF 14,2 Mrd. (+7,2 %) und die Hypothekarforderungen um CHF 13,0 Mrd. (+1,3 %) am deutlichsten zugelegt. Ebenfalls zugenommen haben die Forderungen gegenüber Kunden um CHF 8,9 Mrd. (+1,4 %) und die Finanzanlagen mit CHF 4,3 Mrd. (+1,9 %).

²⁰ Schweizerische Nationalbank (2018): Bericht zur Finanzstabilität 2018

²¹ Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

Handelsgeschäft rückläufig

Die Forderungen aus dem Handelsgeschäft waren in den ersten fünf Monaten 2018 um CHF 6,6 Mrd. (-3,3 %) verglichen mit der deutlichen Zunahme im Vorjahr dagegen rückläufig. Einer der Treiber ist möglicherweise die Entwicklung der Kapitalmärkte, die sich anders als im Vorjahr eher seitwärts bewegen.

Passiven: Verpflichtungen aus Kundeneinlagen, Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen steigen

Auf der Passivseite haben die Verpflichtungen aus Kundeneinlagen um CHF 26,2 Mrd. (+1,4 %) zugenommen. Die Sichteinlagen legten um CHF 7,8 Mrd. (+0,8 %) zu. Die Zunahme der Sichteinlagen liegt somit über dem Anstieg im Vorjahr, die im gleichen Zeitraum nur um CHF 2,4 Mrd. (+0,3 %) zulegten. Die Termineinlagen stiegen in den ersten fünf Monaten um CHF 18,7 Mrd. (+8,0 %) und damit ebenfalls stärker als in den ersten fünf Monaten des Vorjahres. Die Anleihen, Pfandbriefe und Kassenobligationen verzeichneten ebenfalls einen deutlichen Anstieg von CHF 11,1 Mrd. (+2,5 %). Die Verpflichtungen gegenüber Banken sind um CHF 6,6 Mrd. (+1,5 %) gestiegen, während sie im Vorjahr im gleichen Zeitraum gesunken sind. Die Verpflichtungen aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften stiegen um CHF 5,2 Mrd. (+3,8 %) an, deutlich weniger als in der Vorjahresperiode. Rückläufig sind hingegen die eigenen Mittel. Diese haben um CHF 1,7 Mrd. (-0,8 %) leicht abgenommen.

Moderater Anstieg bei Vergabe von Hypothekarkrediten

Die Hypothekarkredite nahmen in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres weiter leicht zu. Sie sind um CHF 12,5 Mrd. (+1,3 %) auf CHF 986,4 Mrd. angestiegen. Die gedeckten Forderungen und ungedeckten Forderungen sind ebenfalls um CHF 3,4 Mrd. (+4,9 %) und CHF 4,5 Mrd. (+4,9 %) gestiegen. Auf der Basis einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung und der soliden Auslastung der Produktionskapazitäten signalisieren Schweizer Unternehmen, ihre Investitionstätigkeiten im Jahr 2018 deutlich auszuweiten. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass es im weiteren Verlauf des Jahres zu einer Trendumkehr bei der Kreditvergabe kommen wird.

4 Vermögensverwaltung

Die Banken in der Schweiz verwalteten per Ende 2017 insgesamt Vermögen in der Höhe von CHF 7'291,8 Mrd. Dies entspricht einem neuen Höchststand seit der Finanzkrise. Der relative Anteil von ausländischem Kundenvermögen blieb nahezu unverändert bei 48,3 Prozent. Die Schweiz bleibt weiterhin Weltmarktführerin im grenzüberschreitenden Private Banking: Mehr als ein Viertel (Marktanteil 27,5 %) des weltweit grenzüberschreitend verwalteten Vermögens wird in der Schweiz verwaltet.

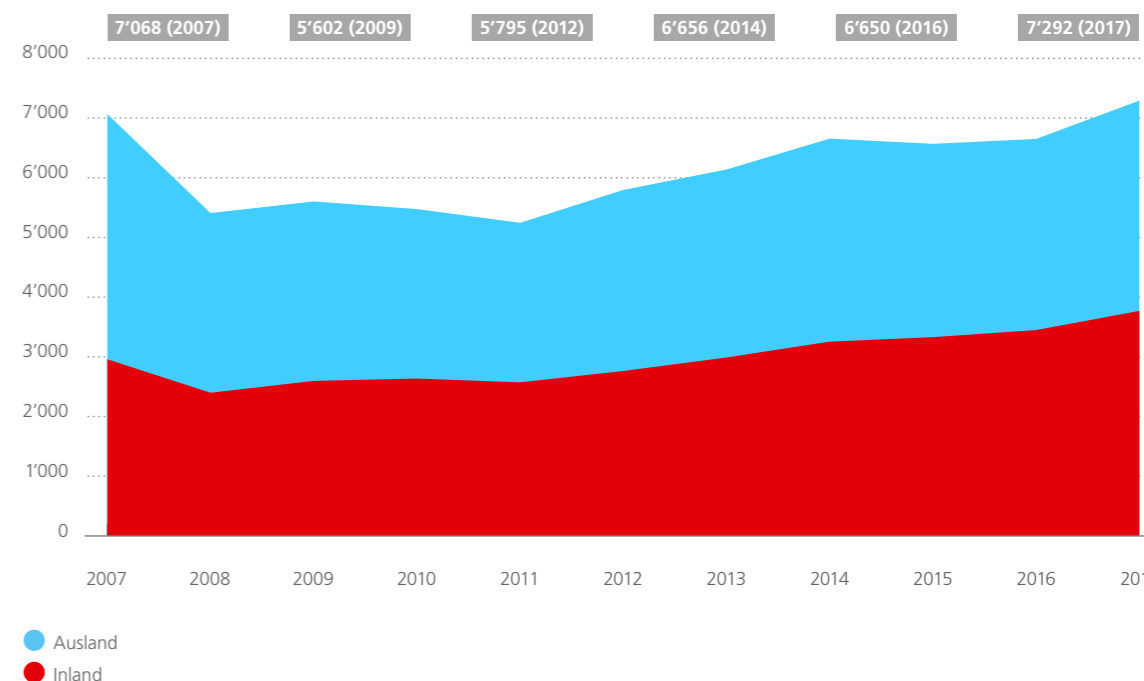
4.1 Entwicklungen im Jahr 2017

Das verwaltete Vermögen in der Schweiz verzeichnete Ende 2017 eine Zunahme von CHF 642,0 Mrd. und nahm um 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr zu. Dieser Zuwachs spiegelt sich sowohl in den ausländischen (+10,0 %) als auch den inländischen Kundenvermögen (+9,3 %) wider. Das verwaltete Vermögen setzt sich zusammen aus den Wertschriftenbeständen in Kundendepots (2017: CHF 6'255,5 Mrd.), Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht (2017: CHF 898,1 Mrd.) sowie Treuhandverpflichtungen (2017: CHF 138,2 Mrd.).

Abb. 11

In der Schweiz verwaltete Vermögen nach Herkunft der Kunden²²

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Bis kurz vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichneten die verwalteten Vermögen einen starken Anstieg und erreichten während der Börsenhausse 2007 mit CHF 7'068 Mrd. ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt. Bei Ausbruch der Krise 2008 erlitten insbesondere die Wertschriftenbestände in Kundendepots der Banken aufgrund der stark gesunkenen Börsenindizes grosse Verluste. Innert Jahresfrist führte dies zu einem drastischen Rückgang der verwalteten Vermögen um 23,5 Prozent auf CHF 5'408 Mrd. Die verwalteten Vermögen sind seit dem Jahr 2008 durch die Marktentwicklung um CHF 1'883,4 Mrd. (+34,8 %) gestiegen.

²² Per Berichtsmonat November 2015 führte die SNB erstmals Erhebungen durch, die auf den revidierten Rechnungslegungsvorschriften für Banken (RVB) der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA (RVB, FINMA-RS 15/01, vormals FINMA-RS 08/02) beruhen. Mit den RVB änderten sich Gliederung und Inhalt der Bilanzen und der Erfolgsrechnungen der Banken. Durch die Anpassungen werden die «verwalteten Vermögen» neu gebildet. Durch die Neubildung der Positionen für die Jahre 2006 bis 2014 kann es zu Abweichungen zu den bisher ausgewiesenen Werten kommen.

Der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nahm zwischen 2008 und 2017 von 55,7 Prozent auf 48,3 Prozent ab. Der Rückgang der Vermögensanteile von ausländischen Kunden ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen. Zum einen ist der Währungseffekt zu nennen. Ausländische Kunden halten einen wesentlich höheren Anteil ihrer Vermögen in Euro und Dollar als inländische Kunden. Die Vermögensanteile werden auf Basis von Schweizer Franken berechnet. Wertet sich der Schweizer Franken gegenüber anderen Währungen auf, sinkt automatisch das Vermögen der ausländischen Kunden in Relation zu den inländischen Kunden. Zum anderen dürften auch die seit Jahren andauernden Bemühungen im Bereich der Steuertransparenz und der damit verbundenen Regularisierung der Steuersituation von Kunden einen Effekt haben. Wobei aber festzustellen ist, dass sich der Vermögensanteil von ausländischen Kunden nur geringfügig geändert hat, seit sich die Schweiz 2013 zum automatischen Informationsaustausch bekannt hat.

Zunahme der Wertschriftenbestände

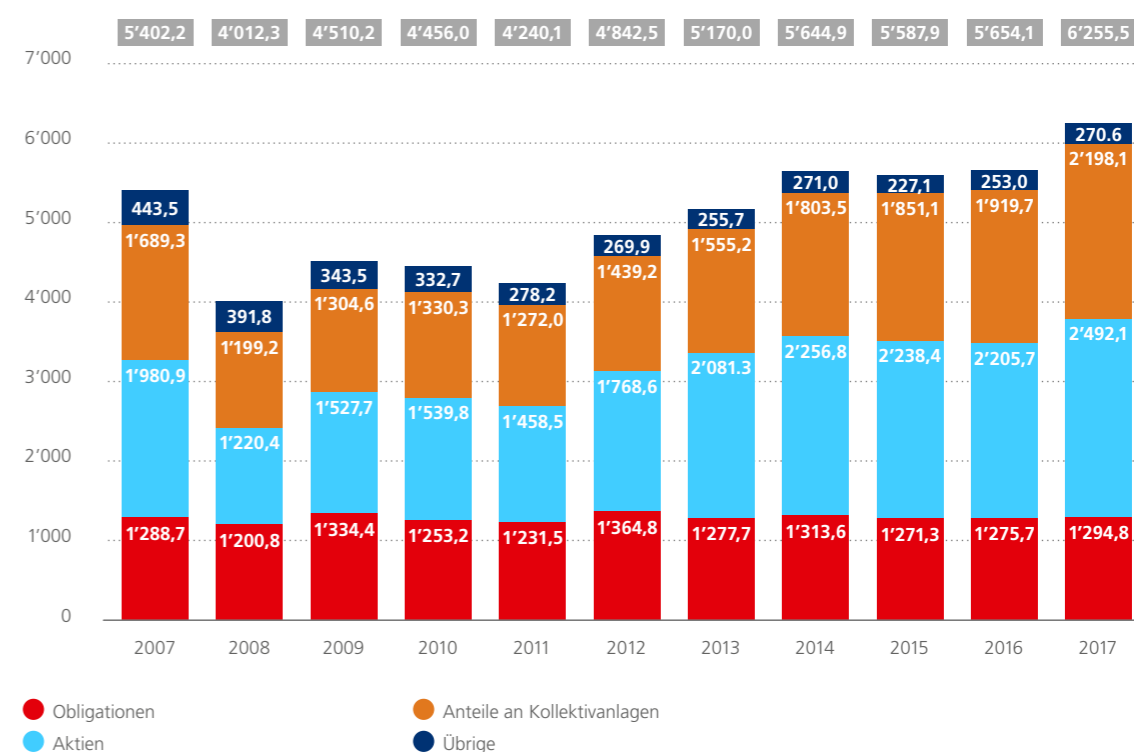
Die Wertschriftenbestände in Kundendepots stiegen im Jahr 2017 um CHF 601,4 Mrd. (+10,6 %) auf CHF 6'255,5 Mrd. Die Wertschriftenbestände gliedern sich in die Kategorien Aktien (39,8 %), Kollektivanlagen (35,1 %), Obligationen (20,7 %) und «Übrige» (4,3 %). Die Entwicklung in diesen Kategorien verlief unterschiedlich. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf eine Zunahme bei den Kollektivanlagen (+14,5 %) und bei den Aktien (+13 %) zurückzuführen. Die Obligationen legten hingegen nur leicht zu (+1,5 %). Die in Schweizer Franken gehaltenen Wertschriftenbestände haben um CHF 271,5 Mrd. (+8,5 %) zugelegt. Gefolgt von den in Euro (+CHF 150,5 Mrd. bzw. +15,2 %) und Dollar (+CHF 122,2 Mrd. bzw. +7,6 %) notierten Wertschriften.



Abb. 12

Wertschriftenbestände in Kundendepots nach Art

In Mrd. CHF



Quelle: SNB

Deutliche Zunahme der Aktienbestände

Die Aktienbestände in den Kundendepots der Banken stiegen gegenüber dem Vorjahr um 13,0 Prozent. Per Ende 2017 beliefen sich die Aktienbestände auf CHF 2'492,1 Mrd. und stellten mit einem Anteil von rund 39,8 Prozent die bedeutendste Position der Wertschriftenbestände dar.

Steigende Nachfrage nach kollektiven Kapitalanlagen

Die kollektiven Kapitalanlagen, hauptsächlich bestehend aus Anlagefonds, sind mit 35,1 Prozent die zweitgrösste Wertschriftenkategorie. Sie verzeichneten 2017 einen Anstieg um 14,5 Prozent auf CHF 2'198,1 Mrd.

Anstieg bei Obligationenbeständen

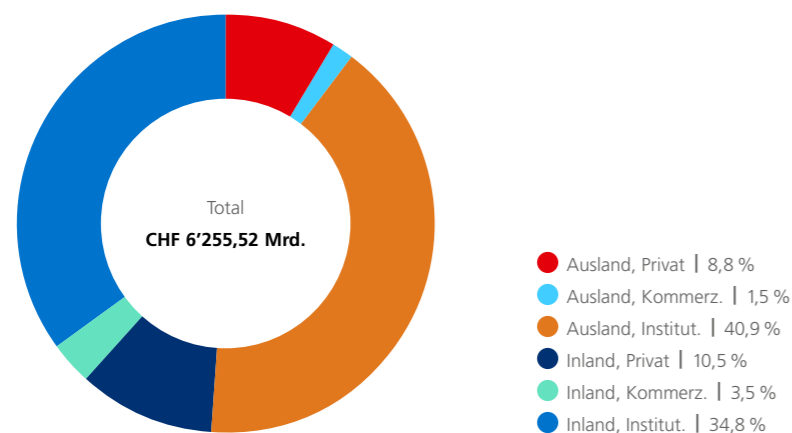
Die Bestände der Obligationen verzeichneten 2017 eine Zunahme von 1,5 Prozent auf CHF 1'294,8 Mrd. Dabei stiegen sowohl die Obligationenbestände der inländischen Kunden (+2,2 %) als auch der ausländischen Kunden an (+0,6 %). Obligationen stellten mit einem Anteil von 19,1 Prozent die drittgrösste Anlageklasse in Kundendepots dar.

Institutionelle Kunden halten grösste Depotbestände

Die institutionellen Kunden wiesen 2017 sowohl im In- als auch im Ausland die grössten Depotbestände auf (34,8 % bzw. 40,9 % an den gesamten Depotbeständen). Darauf folgen in- und ausländische private Anleger mit vergleichbaren Anteilen (10,5 % bzw. 8,8 %). Die Depotbestände haben sowohl bei den ausländischen (+9,9 %) als auch bei den inländischen Privatkunden (+12,5 %) zugenommen. Dies gilt ebenfalls für die ausländischen (+11,5 %) und inländischen institutionellen Anleger (+9,8 %).

Abb. 13

Depotbestände nach Kunden Ende 2017



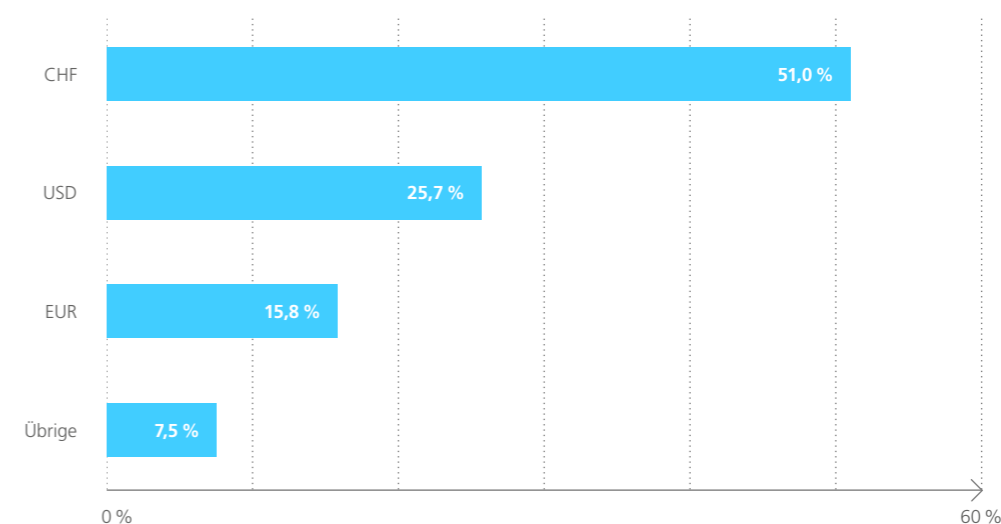
Quelle: SNB

Euro-Anteil steigt, Dollar-Anteil sinkt

Die Bedeutung des Euros als Anlagewährung hat 2017 wieder leicht zugenommen. Der Anteil der Euro-Anlagen an den gesamten Wertschriftenbeständen stieg von 14,8 Prozent auf 15,8 Prozent im Jahr 2017. Dies ist primär auf Währungseffekte durch die Stärkung des Euros zurückzuführen. Die Depotbestände in US-Dollar sind zwar in absoluten Zahlen um 7,6 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, aber nicht im gleichen Umfang wie die anderen Währungen. Darum hat sich der Anteil an den gesamten Depotbeständen von 26,3 Prozent auf 25,7 Prozent reduziert. Die mit Abstand bedeutendste Anlagewährung ist nach wie vor mit 51,0 Prozent der Schweizer Franken.

Abb. 14

Depotbestände nach Währungen Ende 2017



Quelle: SNB

Leichte Abnahme der Verpflichtungen in Spar- und Anlageform

Per Ende 2017 beliefen sich die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht auf CHF 898,1 Mrd. Davon betragen die Verpflichtungen gegenüber Kunden in Spar- und Anlageform CHF 667,6 Mrd. Dies entspricht einer Reduktion von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt 89,6 Prozent der Kundeneinlagen in Spar- und Anlageform stammten 2017 von inländischen Kunden. Zu diesen

Geldern gehören unter anderem die Positionen Freizügigkeitskonten (2. Säule) und die gebundene Vorsorge (3. Säule). Dazu kommen Termineinlagen mit Restlaufzeit in der Höhe von CHF 230,4 Mrd. (+CHF 28 Mrd.). Ein Grossteil dieses Wachstums ist den Grossbanken zuzuschreiben.

Treuhandgelder steigen erneut

Die von Banken in der Schweiz verwalteten Treuhandgelder stiegen im Jahr 2017 um CHF 17,8 Mrd. auf CHF 138,2 Mrd. (+14,8 %). Der grösste Teil dieser Zuflüsse (94,8 %) stammt aus dem Ausland. Nach 2016 steigen damit erneut erstmals seit dem Jahr 2007 die Treuhandgelder wieder. Haupttreiber dieser Entwicklung ist eine Zunahme der US-Dollar-Geldmarktsätze, die zu einem Anstieg der in US-Dollar gehaltenen Treuhandgelder führten. Im Jahr 2007 betrug die Summe der verwalteten Treuhandgelder noch CHF 482,9 Mrd. und nahm bis 2015 kontinuierlich bis auf CHF 114,0 Mrd. ab. Der Anteil der Treuhandgelder an den gesamten verwalteten Vermögen beträgt jedoch nur 1,9 Prozent und hat einen geringen Einfluss auf das Private Banking in der Schweiz.

4.2 Entwicklungen im Jahr 2018

Nachdem im Jahr 2017 die von Banken in der Schweiz verwalteten Vermögen um fast 10 Prozent stark gewachsen sind (Dezember 2017: CHF 7'220,9 Mrd.), ist im Jahr 2018 per Ende Mai ein Rückgang um CHF 71,2 Mrd. auf CHF 7'149,7 Mrd. zu verzeichnen (-1,0 %).²³ Die Abnahme ist auf einen Rückgang bei den Wertschriftenbeständen um CHF 95,8 Mrd. (-1,6 %) von CHF 6'170,1 Mrd. auf CHF 6'074,2 Mrd. zurückzuführen. Die Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht sind im gleichen Zeitraum hingegen um CHF 18,4 Mrd. (+2,0 %) auf CHF 929,2 Mrd. angestiegen. Die Treuhandverpflichtungen sind ebenfalls um CHF 6,2 Mrd. (+4,4 %) auf CHF 146,3 Mrd. gestiegen. Diese kurzfristigen Fluktuationen können vor allem auf Markt- und Währungseffekte zurückgeführt werden. Die Aktienmärkte bewegten sich im ersten Halbjahr 2018 eher seitwärts und die Unsicherheiten haben zugenommen. Der Anstieg der langfristigen Zinsen hat vermutlich zusätzlich dazu beigetragen, dass ein Teil der Kundenvermögen von

²³ Die monatlichen Zahlen beruhen auf Teilerhebungen der SNB und können dadurch von der Jahresendstatistik, die auf einer Vollerhebung beruht, abweichen.

Wertpapieren in Termingeld umgeschichtet wurde. Das würde den Anstieg der Verpflichtungen gegenüber Kunden ohne Einlagen auf Sicht erklären.

Schweiz bleibt die Nummer eins im grenzüberschreitenden Private Banking

Trotz verschärften regulatorischen Rahmenbedingungen und des Niedrigzinsumfeldes bleibt die Schweiz mit verwalteten Vermögen von CHF 2'276,2 Mrd. und einem Marktanteil von 27,5 Prozent im globalen grenzüberschreitenden Private Banking mittelfristig Weltmarktführerin.²⁴ Die Schweiz steht in einem intensiven Wettbewerb mit Finanzzentren auf der ganzen Welt. Insbesondere die asiatischen Finanzzentren Hong Kong und Singapur weisen ein stärkeres Wachstum als die Schweiz auf. Sie werden in den nächsten Jahren einen zunehmend grösseren Anteil an Vermögen verwalten, vor allem aus den umliegenden asiatischen Ländern wie China, Japan, Taiwan und Indonesien. Will sich die Schweiz auch zukünftig in diesem wettbewerbsintensiven Umfeld an der Spitze behaupten, muss das Schweizer Private Banking über die attraktiven Standortfaktoren hinaus Innovationen wie beispielsweise digitales Banking weiter vorantreiben. Gleichzeitig ist für den Erhalt der Marktanteile im grenzüberschreitenden Private Banking ein praktikabler Zugang von Schweizer Finanzdienstleistern zu ausländischen Märkten von zentraler Bedeutung.

²⁴ The Boston Consulting Group (2018). Aufgrund einer Anpassung von BCG bei der Berechnungsmethodik weicht diese Zahl leicht von den letztjährig publizierten Zahlen ab. Der Anstieg des Marktanteils ist vor allem auf eine Reduzierung des globalen grenzüberschreitenden Vermögens aufgrund einer Definitionsanpassung zurückzuführen.

5 Beschäftigung bei den Banken in der Schweiz

Die Banken in der Schweiz beschäftigten per Ende 2017 93'554 Personen (in Vollzeitäquivalenten, im Inland) und damit 7,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Hauptursache für diesen starken Rückgang ist die Verlagerung von zentralen Dienstleistungen aus dem Stammhaus in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften einer Grossbank vor dem Hintergrund regulatorischer Anforderungen. Korrigiert man die Entwicklung des Personalbestandes um diesen Sondereffekt, ist der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr nur leicht rückläufig. Die Zahl der Arbeitslosen im Bankenbereich lag per Ende 2017 mit 2,8 Prozent deutlich unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft.

Die Entwicklung des Personalbestandes im ersten Halbjahr 2018 ist gemäss einer von der SBVg durchgeführten Umfrage weiterhin stabil. Über 60 Prozent der befragten Banken rechnen für das zweite Halbjahr 2018 mit einer gleichbleibenden und fast ein Drittel mit einer sich verbessernden Beschäftigtenlage.

5.1 Entwicklungen im Jahr 2017

Im Jahr 2017 beschäftigten die Banken im Inland 93'554 Personen (in Vollzeitäquivalenten). Die Anzahl der Stellen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 7'822 Stellen ab (-7,7 %). Hauptursachen für diesen auf den ersten Blick starken Rückgang sind

regulatorische Anforderungen (namentlich die sogenannte «Too-Big-To-Fail-Regulierung»), aufgrund derer die Grossbanken ihre Organisationsstruktur anpassen mussten, was auch zur Verlagerung von Personal in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften führte. Somit fliesst dieser Personalbestand nicht in die Bankenstatistik ein. Wenn von einer durchschnittlichen Veränderung des Personalbestandes bei den Grossbanken seit dem Jahr 2007 ausgegangen wird, sind diesem Sondereffekt schätzungsweise 6'942 Stellen zuzuschreiben. Wenn diese Entwicklung des Personalbestandes um den Sondereffekt (+6'942) korrigiert wird, ist der Personalbestand gegenüber dem Vorjahr nur leicht rückläufig (-0,9 % bzw. 880 Stellen).

Im Dezember 2017 betrug die Arbeitslosenrate im Schweizer Bankensektor gemäss dem SECO durchschnittlich 2,8 Prozent. Sie lag somit um einen halben Prozentpunkt unter den Zahlen für die Gesamtwirtschaft von 3,3 Prozent und ist vergleichsweise niedrig. Insgesamt hat der Bankensektor 3'999 registrierte Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2017 zu verzeichnen, was einer Zunahme um 178 Arbeitslosen im Vergleich zum Jahr 2016 entspricht.²⁵ Angesichts der grossen anhaltenden Herausforderungen, denen sich die Banken gegenübersehen, ist der Arbeitsmarkt weiterhin äusserst robust.

Der Trend zur Konsolidierung im Bankensektor hält schon lange an. Das Niedrigzinsumfeld, die strengeren Regeln für die Kreditvergabe und die neuen Eigenkapitalanforderungen erzeugen Druck auf die Margen. Durch die Auslagerung und Digitalisierung von Geschäftsprozessen können Arbeitskosten eingespart und die Effizienz der Abläufe erhöht werden.

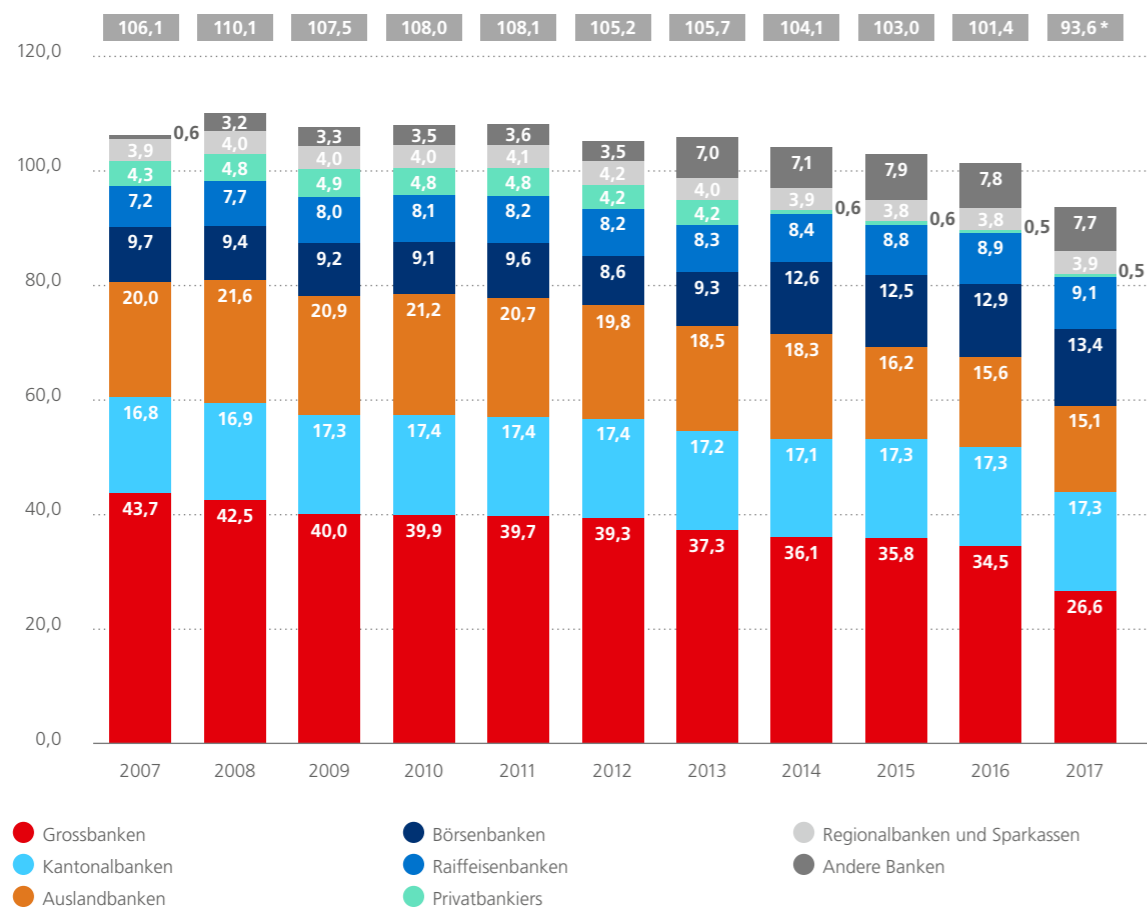
²⁵ Staatssekretariat für Wirtschaft (2018)



Abb. 15

Personalbestand bei den Banken in der Schweiz (Inland)

In Tsd. Vollzeitäquivalenten



* Darin enthalten ist ein Sondereffekt von schätzungsweise 6'942 Stellen. Der Effekt wurde ausgelöst durch die Umverteilung von Personal in eine konzerninterne Dienstleistungsgesellschaft von einer Grossbank.

Quelle: SNB

Grossbanken, Auslandbanken und «Andere Banken» haben im Jahr 2017 8'517 Stellen abgebaut. Den grössten Teil zum Personalrückgang trugen die Grossbanken mit einer Stellenreduktion von 7'959 (-23,1 %) ihres Personalbestandes bei. Wie bereits erwähnt, ist dies zum grössten Teil auf eine Verlagerung der Stellen in konzerninterne Dienstleistungsgesellschaften ohne Banklizenz zurückzuführen. Die Auslandbanken reduzierten 457 Stellen (-2,9 %) und die Bankengruppe «Andere

Banken» 100 Stellen (-1,3 %). Kantonalbanken, Regionalbanken und Sparkassen, Raiffeisenbanken, Privatbankiers und Börsenbanken haben im Jahr 2017 hingegen 694 zusätzliche Stellen geschaffen. Den stärksten Zuwachs verzeichneten die Börsenbanken mit 431 Stellen (+3,3 %) und die Raiffeisenbanken mit 212 (+2,4 %). Bei den Kantonalbanken stieg der Personalbestand um 31 neue Stellen (+0,2 %), bei den Regionalbanken und Sparkassen um 9 (+0,2 %) und den Privatbankiers um 11 (+2,2 %).

Durch die Abnahme des Personalbestandes sank auch der Lohnaufwand im Inland gegenüber dem Vorjahr um CHF 1,5 Mrd. (-7,0 %). Die Anzahl der Erwerbstätigen ist in den Gruppen der 15 bis 24 jährigen und der 25 bis 39 jährigen von 14'300 auf 16'800 (+17,2 %) sowie von 42'300 auf 48'000 (+13,5 %) angestiegen. Die Gruppe der 40 bis 54 jährigen verzeichnete hingegen einen Rückgang von 52'400 auf 49'400 (-5,8 %) Erwerbstätige. In der Gruppe der 55 bis 64 jährigen ist die Anzahl Erwerbstätiger von 14'400 auf 15'600 (+8,3 %) gestiegen.²⁶

Der Anteil der weiblichen Mitarbeitenden ist gegenüber dem Vorjahr von 37,1 Prozent auf 37,5 Prozent erneut leicht angestiegen. Den höchsten Anteil wiesen wie bereits in den Vorjahren die Regionalbanken und Sparkassen mit 45,2 Prozent und die Raiffeisenbanken mit 44,6 Prozent aus. Per Ende 2017 beschäftigten Schweizer Banken im Inland 35'040 Frauen (Vollzeitäquivalente).

5.2 Entwicklungen im Jahr 2018

Die jährlich von der SBVg durchgeführte Umfrage zur Personalentwicklung bei den Banken zeigt für das erste Halbjahr 2018 einen minimalen Rückgang der Beschäftigung in der Schweiz. Sie reduzierte sich zwischen Ende 2017 und Juni 2018 von 86'234 auf 86'120 Stellen. Gegenüber dem Stand Ende 2017 betrug der Rückgang im Inland somit 114 Stellen oder minus 0,1 Prozent. Im Gegensatz dazu konnte der Personalbestand im Ausland relativ stark um 2'274 Stellen aufgebaut werden.

²⁶ Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (2017)

Abb. 16

Personalbestand Total im Inland²⁷

In Vollzeit- äquivalenten	Stand am 31.12. 2017	Stand am 30.06. 2018	Entwicklung im ersten Halbjahr 2018			
			Veränderung Total	Veränderung in %	Zugänge	Abgänge
Inland	86'234	86'120	-114	-0,1 %	5'566	5'680

Anmerkung: Anzahl Antworten 2018: 138

Quelle: Beschäftigungsumfrage der SBVg (2018)

Die detaillierten Ergebnisse der Zu- und Abgänge zeigen bei den Banken in der Schweiz im Inland in den ersten sechs Monaten eine Zunahme der Beschäftigten von 5'566 Stellen. Diesem Aufbau stand ein Arbeitsplatzabbau von 5'680 Stellen gegenüber, womit eine geringe Reduktion des Personalbestands um 0,1 Prozent resultierte.

Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung ist breit abgestützt

Für das zweite Halbjahr 2018 erwarten 61,6 Prozent der antwortenden Banken eine unveränderte Beschäftigung, was gegenüber der Vorjahresumfrage einem Rückgang von 2,6 Prozentpunkten entspricht. 31,9 Prozent der Umfrageteilnehmer erwarten einen höheren und 6,5 Prozent einen tieferen inländischen Personalbestand. Noch nie waren die befragten Bankenvertreter in den letzten Jahren so optimistisch bezüglich der inländischen Personalentwicklung. Da die Umfrageteilnehmer, welche eine unveränderte oder höhere Beschäftigung erwarten, rund 92 Prozent des gesamten Personalbestandes darstellen, wird von einem mindestens gleichbleibenden Beschäftigungssaldo in der zweiten Hälfte 2018 ausgegangen.

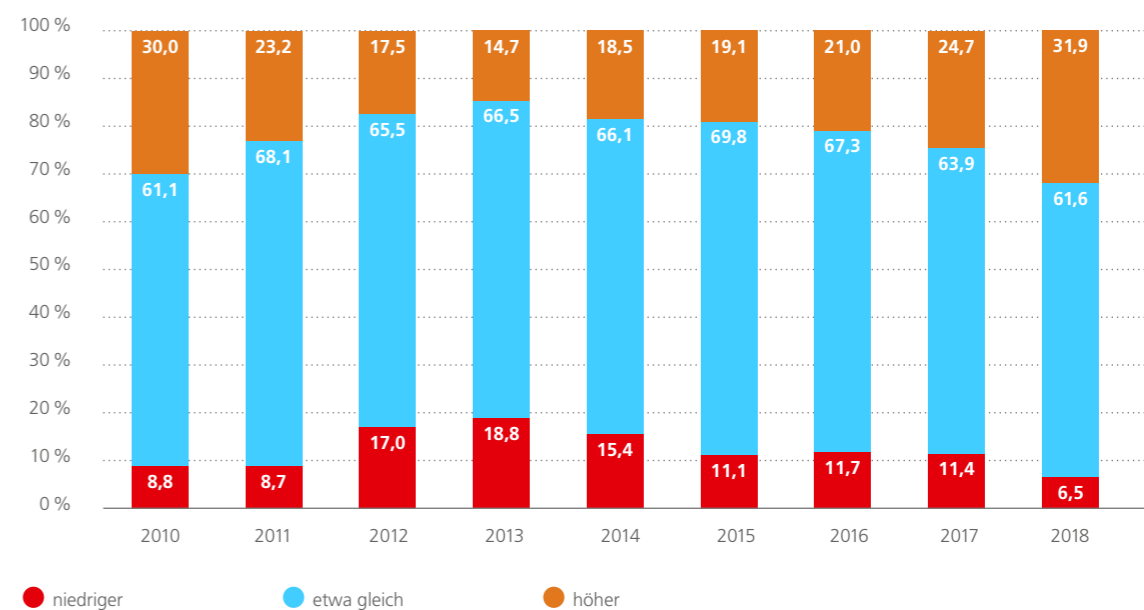
²⁷ Der Personalbestand in der Schweiz per Ende 2017 fiel in der Umfrage der SBVg tiefer aus als in der Statistik der SNB angegeben. Der Grund für diese Differenz liegt in der Rücklaufquote der SBVg-Umfrage. Die Umfrage wurde bei 234 Banken in der Schweiz durchgeführt. Die Rücklaufquote der Befragung lag bei 59 Prozent, welche 92,2 Prozent des Personalbestands von Banken in der Schweiz repräsentieren.



Abb. 17

Umfrageergebnisse zur Beschäftigungserwartung zweites Halbjahr 2018

In Prozent aller Antworten



Anmerkungen: Anzahl Antworten 2018: 138

Quelle: Umfrage der SBVg (2018)

Optimistischer Trend hält an

In den Umfragen der vergangenen Jahre zur Beschäftigungsentwicklung dominierte jeweils in der Erwartung die Kategorie «etwa gleich». Seit 2013 sinkt aber die Erwartung einer tieferen Beschäftigung, während diejenige einer höheren Beschäftigung zunimmt. Im vergangenen Jahr hat sich dieser Trend bei der Einschätzung der höheren Beschäftigung fortgesetzt. Fast ein Drittel der befragten Banken (ungeachtet) erwarten eine höhere Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2018. Die optimistischere Einschätzung im Vergleich zu den Vorjahren zeigt sich auch darin, dass der Anteil der Banken, die im zweiten Halbjahr 2018 eher mit einer rückläufigen Beschäftigung rechnen, gegenüber dem Vorjahr sich fast halbiert hat.

Gleichbleibende Beschäftigung in fast allen Geschäftsbereichen

Der Vergleich der Tendenzaussagen für die einzelnen Geschäftsbereiche mit der jeweiligen Beschäftigung der Banken per Ende Juni 2018 zeigt, dass bei allen Geschäftsbereichen die Erwartung einer gleichbleibenden Beschäftigung dominiert.²⁸ Trotzdem lassen sich einige Unterschiede bei der Bewertung der Zukunft ableiten. So erwarten jeweils über 90 Prozent der befragten Banken beim Retail Banking, beim institutionellen Asset Management und beim Handelsgeschäft eine gleichbleibende Personalentwicklung. Beim Privat Banking erwarten dagegen über 20 Prozent der befragten Banken eine Zunahme des Personals im zweiten Halbjahr 2018 und bei Logistik und Operations halten sich die pessimistischen und optimistischen Erwartungen in etwa die Waage.

Abb. 18

Tendenz der Beschäftigung im zweiten Halbjahr 2018

Total	Retail Banking	Private Banking	Institutionelles Asset Management	Handels-geschäft	Logistik und Operations («Backoffice»)
→ ↗	→	→ ↗	→	→	→

→ etwa gleich ↗ höher

Anmerkung: Die Tendenzen ergeben sich aus den mit der Beschäftigung im Inland per Juni 2018 gewichteten Antworten. Je nach Geschäftsfeld beträgt die Anzahl Antworten zwischen 81 und 94. Beim Total sind es 138.

Quelle: Umfrage der SBVg (2018)

Reduktion der Arbeitslosenrate im Bankensektor

Im ersten Halbjahr 2018 hat sich die Arbeitslosenrate im Bankensektor gemäss der monatlichen Statistik des SECO gegenüber Dezember 2017 reduziert und lag auf einem Wert von 2,3 Prozent. Damit lag die Arbeitslosenquote immer noch leicht unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 2,4 Prozent im Juni.

²⁸ Der Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz publiziert im Bankenmonitor online stets aktuelle Beschäftigungszahlen. Zusätzlich wird Ende 2018 / Anfang 2019 die Studie «Arbeitsmarkt-Outlook 2019» erscheinen, welche die mittelfristige Entwicklung der Beschäftigten im Finanzsektor beleuchtet. Aufgrund der unterschiedlichen Methoden der Ergebnisermittlung und des unterschiedlichen Zeithorizonts der Betrachtungen können die Ergebnisse der Studie des Arbeitgeberverbandes und der vorliegenden Befragung nur bedingt miteinander verglichen werden.

6 Im Fokus: Asset Management

Das Asset Management ist neben dem Private Banking, dem Investment Banking sowie dem Corporate und Retail Banking eine weitere tragende Säule des Finanzplatzes Schweiz und von hoher wirtschaftlicher Relevanz. Gemäss aktuellen Erhebungen und Schätzungen verwalteten Banken, Fondsleitungen, Effekthändler und Asset Manager in der Schweiz Ende 2017 Assets im Wert von rund CHF 3'400 Mrd. Dies entspricht einem Zuwachs von rund 13 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 2017 waren im institutionellen Bereich alleine rund 9'600 Personen direkt bei Asset Management Firmen und etwa 44'500 Personen indirekt in der gesamten Branche beschäftigt.²⁹ Der internationale Vergleich zeigt, dass die Schweiz gute Rahmenbedingungen als Hub für Asset Management ausweist; die Städte Zürich und Genf belegen 2017 die Plätze 4 und 8.³⁰

²⁹ Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ)/Asset Management Plattform Schweiz (AMP)

³⁰ Die IFZ/AMP Rangliste berücksichtigt politische, rechtliche, wirtschaftliche, soziale und technologische Indikatoren.

Asset Management wird nachfolgend definiert als «Produktion und Verwaltung von Investitionslösungen in Form von kollektiven Kapitalanlagen³¹ und individuellen Mandaten». Gemäss dieser Definition umfasst Asset Management Finanzdienstleistungen sowohl für institutionelle Anleger, z. B. Pensionskassen oder Versicherungen, als auch nicht-institutionelle, private Anleger mit grossen treuhänderisch verwalteten Vermögen.³² Dazu gehören auch diskretionäre Portfolio Management Mandate³³ und Beratungsmandate (advisory mandate).³⁴ Hingegen werden das «self-directed business» bzw. reine Custody-Dienstleistungen und Cash-Konti nicht dazu gezählt.

³¹ Kollektive Kapitalanlagen (CIS) sind passiv oder aktiv verwaltete Fonds nach schweizerischem oder ausländischem Recht über kollektive Kapitalanlagen. Exchange Traded Funds (ETFs) gelten in dieser Erhebung nicht als CIS.

³² Vermögen, bei welchen die Anlageentscheidungen auf fiduziarischer Basis im Interesse der Destinatäre gefällt werden.

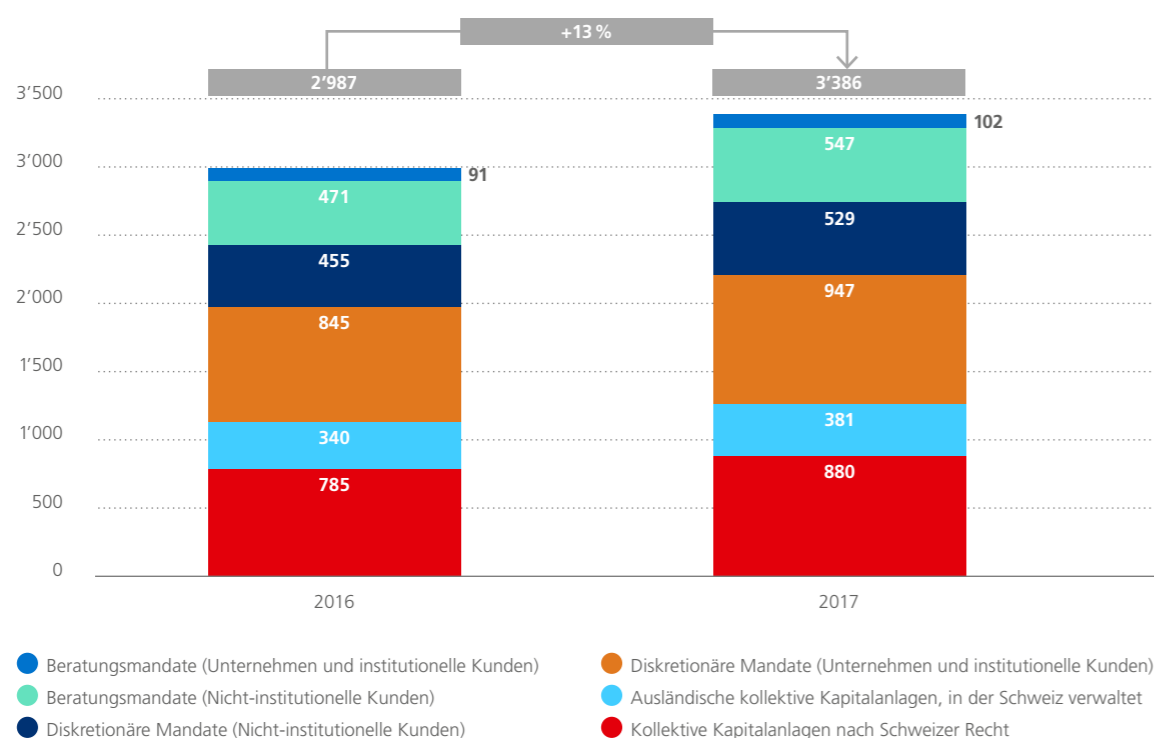
³³ Auftrag eines Kunden an ein Institut zur Verwaltung eines Portfolios von Vermögenswerten und zur Ausführung von Aufträgen in Übereinstimmung mit einem vordefinierten Regelwerk und Grundsätzen nach eigenem Ermessen. Das Mandat wird durch einen Vertrag zwischen dem Auftraggeber und dem Institut begründet.

³⁴ Auftrag eines Kunden an ein Institut zur Beratung über ein Portfolio von Vermögenswerten, wobei nur der Kunde über die Ausführung der Beratung durch das Institut entscheidet. Das Mandat wird durch einen Vertrag zwischen dem Auftraggeber und dem Institut begründet.

Abb. 19

Institutionell verwaltete Assets in der Schweiz

In Mrd. CHF



Quellen: SBVg, IFZ/AMP und BCG

Institutionell verwaltete Assets in der Schweiz nehmen zu

Die in der Schweiz verwalteten Vermögen des Asset Managements stiegen im Jahr 2017 von CHF 2'987 Mrd. auf CHF 3'386 Mrd. (+13 %) an. Dies ist mehr als dreimal so hoch wie das gesamte Pensionskassenvermögen in der Schweiz und entspricht rund fünfmal dem Schweizer Bruttoinlandprodukt. Diskretionäre Mandate machten 2017 mit rund CHF 1'476 Mrd. den grössten Teil aus, wovon CHF 947 Mrd. auf institutionelle Kunden und CHF 529 Mrd. auf private Anleger fielen. In kollektiven Kapitalanlagen wurden CHF 1'261 Mrd. verwaltet, rund zwei Drittel davon im Rahmen von kollektiven Kapitalanlagen nach Schweizer Recht (CHF 880 Mrd.). Die restlichen CHF 649 Mrd. wurden als Beratungsmandate für institutionelle (CHF 102 Mrd.) oder nicht-institutionelle Kunden (CHF 547 Mrd.) verwaltet.

Nach Kunden segmentiert entfielen CHF 2'208 Mrd. auf kollektive Kapitalanlagen sowie diskretionäre Mandate für Unternehmen und Institutionelle.³⁵ Rund CHF 1'178 Mrd. wurden in diskretionären Mandaten für private Anleger sowie Beratungsmandate für private Anleger und Institutionelle verwaltet.

Tragende Rolle des Asset Managers als Intermediär

In Anbetracht dieser Grössenordnungen zeigt sich, dass das Asset Management in der Schweiz einen erheblichen volkswirtschaftlichen Beitrag leistet. Darüber hinaus agiert der Asset Manager als wichtiger Intermediär zwischen Kapitalgeber und Kapitalnachfrager.

Die Rolle des Asset Managers als Intermediär erfüllt eine zentrale Funktion auf dem Finanzplatz Schweiz. Mit einer effizienten Kapitalallokation, die sich durch rationale meritokratische Investmententscheidungen auszeichnet, einer hohen Wertschöpfung und attraktiven Arbeitsplätzen, leistet das Asset Management einen wichtigen Beitrag für die Effizienz des Marktes und die Stabilität des Finanzsystems. Hinzu kommt die Aufgabe der professionellen Bewirtschaftung von Vorsorgegeldern, die zur allgemeinen finanziellen Stabilität beiträgt.

Asset Management hat hohes Synergiepotential

Im Schatten von Private und Investment Banking hat sich das Asset Management zu einer starken, eigenständigen Disziplin des Schweizer Finanzplatzes entwickelt und verzeichnet ein hohes Wachstumspotential in der Schweiz und international. Mit zunehmender Bedeutung des Asset Managements wird der Finanzplatz Schweiz diversifiziert, bestehende Bankdienstleistungen optimal ergänzt und rückläufige Geschäftsfelder kompensiert. So wird beispielsweise das Private Banking durch ein gut funktionierendes Asset Management (Investmentprozess und Performancekultur) unterstützt und dadurch gestärkt. Umgekehrt profitiert das Asset Management von der Finanzkraft und der Innovationsfreudigkeit des Private Bankings, was beispielsweise die Lancierung von neuen Produkten in einem institutionellen Umfeld ermöglicht.

³⁵ Dies entspricht der Definition von Asset Management gemäss der Asset Management Plattform und beinhaltet die Produktion und Verwaltung von Investitionslösungen in Form von kollektiven Kapitalanlagen und individuellen, institutionellen Mandaten. Nicht-institutionelle, private Anleger werden nicht berücksichtigt.

Abb. 20

Rolle und Relevanz des Asset Managements



Quellen: SBVg und BCG

Gefordert: Nutzung des gesamten Anlageuniversums durch Pensionskassen

Schweizer Pensionskassen sind neben privaten Mandatskunden, Versicherungen und Staatsfonds in den nächsten Jahren weiterhin die bedeutendsten Nachfrager von Asset Management Dienstleistungen. Mit über CHF 900 Mrd.³⁶ bzw. 133 Prozent³⁷ des Bruttoinlandproduktes gehören die Vermögen der Schweizer Pensionskassen im internationalen Vergleich zu den drei grössten kapitalgedeckten Vorsorgevermögen weltweit.

Die Pensionskassen sind jedoch hinsichtlich der Renditen ihrer verwalteten Vermögen gefordert. Über ein Drittel der Altersguthaben wurden in der Vergangenheit

³⁶ Swisscanto (2018)
³⁷ Willis Towers Watson (2018)

mittels Vermögenserträgen gebildet, dem sogenannten dritten Beitragszahler. Das wirtschaftliche Umfeld und insbesondere das Tiefzinsumfeld erschwert es den Pensionskassen, die für die Altersvorsorge dringend nötigen Renditen weiterhin zu erzeugen. Darüber hinausgehend erhöht die zunehmende Lebenserwartung bei gleichbleibendem Pensionierungsalter den Finanzierungsbedarf in der beruflichen Vorsorge. Den Pensionskassen sind bei der Wahl ihrer Kapitalallokation (Asset Allocation) regulatorische Grenzen gesetzt, von denen sie nur begründet abweichen können. Sie investieren im Wesentlichen in öffentlich gehandelte Aktien, Obligationen und inländische Immobilien. Der ursprünglich aus den 70er Jahren stammende Anlagekatalog mit Limiten vermittelt Scheinsicherheit und führt dazu, dass die Pensionskassen nur zurückhaltend in alternative Anlagen investieren. Die im Laufe der Zeit zusätzlich eingeführten Bestimmungen der «Prudent Investor Rule» führen nur ein Schattendasein gegenüber den nicht mehr zeitgemässen Limiten. Sie dienen vor allem den grösseren Pensionskassen als Leitlinie.

Um längerfristig höhere Renditen zu erwirtschaften, sind Veränderungen in zweierlei Hinsicht nötig. Einerseits müssen die Stiftungsräte und Verantwortlichen für die Asset Allocation umdenken und das gesamte zur Verfügung stehende Anlageuniversum in Betracht ziehen (also vermehrt auch alternative Anlagen, wie beispielsweise Beteiligungskapital, Privatplacierungen, Infrastruktur oder Hedgefonds). Andererseits sollten die Bestimmungen in den Anlagevorschriften angepasst werden, damit im Sinne der oben genannten «Prudent Investor Rule» institutionelle Praxis zur Anwendung kommen kann, wo sie sinnvoll ist oder aus Kundensicht gewünscht wird.

Dieser Schritt in die Zukunft der Bewirtschaftung der Pensionskassenvermögen erfordert ein gemeinsames Vorgehen von Politik, Behörden, Pensionskassen und Asset Managern.

Leistung wird zunehmend auch für private Anleger wichtig

Auf der privaten Investoreseite treiben UHNWI («Ultra-High-Net-Worth-Individuals», Kunden mit grossen Vermögen) und weitere private Anleger zumeist über das Private Banking Geschäft die Nachfrage nach Asset Management Dienstleistungen. Obwohl die Standortfrage für den Kunden nach wie vor wichtig ist, tritt mit dem Wegfall des Bankkundengeheimnisses in der Schweiz die Leistung zunehmend in

den Vordergrund. Dazu gehört eine risikogerechte Rendite und Zugang zu massgeschneiderten, komplexen Anlagelösungen. Die seit längerem im institutionellen Geschäft üblichen Ansätze zur Auswahl der Vermögensanlagen etablieren sich zunehmend bei grösseren Privatkunden. Hier bietet der Standort Schweiz herausragende Voraussetzungen.

Voraussetzung: Zugang zu globalem Wachstumsgeschäft

Das Asset Management ist ein globales Wachstumsgeschäft. Damit auch der Finanzplatz Schweiz von diesem Wachstum profitieren kann, müssen kompetitive regulatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Die Industrie ist gefordert, nebst der Leistung (Performance und Dienstleistung am Kunden) auch die Anlageprodukte international konkurrenz- und exportfähig zu gestalten.

Ein diskriminierungsfreier Zugang zu den internationalen Wachstumsmärkten und ein «Level Playing Field» mit gleichen Spielregeln für Schweizer und internationale Asset Manager sind die Voraussetzungen für kompetitive regulatorische Rahmenbedingungen. Damit kann eine aktive Vermarktung der Produkte und ein Zugang zu den wichtigen Kundensegmenten sichergestellt werden. Auch ein funktionierender Handelsplatz ist wichtig, der sich durch Gleichberechtigung bzw. Äquivalenz zu anderen internationalen Finanzplätzen auszeichnet. Dazu gehört unter anderem ein funktionierender Emissionsmarkt auf Fixed Income (Bonds bzw. Obligationen), insbesondere für Obligationen mit kürzeren Laufzeiten. Nicht zuletzt müssten die produktspezifischen Nachteile bei der steuerlichen Behandlung von Anlageinstrumenten beseitigt werden. Primär geht es dabei um die Abschaffung der Stempelabgaben und eine Anpassung der Verrechnungssteuer (vgl. Kapitel 1). Dies ist die Grundvoraussetzung für eine höhere Produktion und Emission von Anlageprodukten in der Schweiz. Die vermeintlichen Steuerausfälle würden durch attraktivere Rahmenbedingungen und dem generellen Impuls, den die Branche dadurch erhält, mehr als wettgemacht. Schätzungen zur Abschaffung der Stempelabgabe und Anpassungen bei der Verrechnungssteuer gehen von einem jährlichen Beitrag zu den Steuereinnahmen von mehreren Milliarden aus. Dies würde den Vermögensverwaltungsplatz Schweiz insgesamt stärken.

Asset Management als Chance für den Finanzplatz Schweiz

Das Ausräumen der strukturellen Nachteile hätte weitreichende positive Auswirkungen. So könnte die Wertschöpfung von bestehenden Asset Managern in der Schweiz durch das Insourcing von Prozessschritten, die aktuell im Ausland ausgeführt werden, gesteigert werden. Dies hätte zudem eine positive Auswirkung auf die aktive Förderung von zukunftssträchtigen Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung, innovativer Start-Ups und nachhaltiger Investitionen (Sustainability-ESG, vgl. Kapitel 1), welche den Standort zusätzlich beleben.

Die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Asset Management Standort sind vorhanden. Neben einem stabilen wirtschaftlichen und politischen Umfeld und einer modernen Infrastruktur verfügt die Schweiz über den notwendigen Kapitalstock, um für Asset Management Dienstleistungen attraktiv zu sein. Daneben bietet der Schweizer Finanzplatz Zugang zu den besten Talenten mit einem flexiblen und unternehmerfreundlichen Arbeitsrecht. Hinzu kommen die allgemeinen attraktiven Rahmenbedingungen für Unternehmen in der Schweiz, wie beispielsweise das kompetitive Steuersystem.

7 Literaturverzeichnis

Arbeitgeber Banken

«Bankenmonitor online»

Beirat Zukunft Finanzplatz

«Jahresbericht 2017 zuhanden des Bundesrates», Dezember 2017

Ernst & Young (EY)

«Global IPO Trends Q2 2018», Juni 2018

Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ), Hochschule Luzern

«IFZ FinTech Study 2018 – An Overview of Swiss FinTech», Februar 2018

Institut für Finanzdienstleistungen Zug (IFZ) /

Asset Management Plattform Schweiz (AMP)

«Asset Management Study 2018 – An Overview of Swiss Asset Management», Juni 2018

Internationaler Währungsfonds (IWF)

«World Economic Outlook», April 2018

PricewaterhouseCoopers (PWC)

«Initial Coin Offerings – a strategic perspective», Juni 2018

Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE), 2018

Schweizerische Nationalbank (SNB)

«Bericht zur Finanzstabilität 2018», Juni 2018

«Die Banken in der Schweiz 2017», Juni 2018

«Online Datenbank», Stand Juli 2018

SIX Swiss Exchange

«Kennzahlen SIX Swiss Exchange: Juni 2018»

Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)

«Die Lage auf dem Arbeitsmarkt», Diverse Ausgaben

«Quartalsdaten Bruttoinlandprodukt», Mai 2018

Swiss Sustainable Finance

«Swiss Sustainable Investment Market Study 2018», Mai 2018

Swisscanto

«Schweizer Pensionskassenstudie 2018», Mai 2018

The Boston Consulting Group (BCG)

«Global Wealth 2018: Seizing the Analytics Advantage», Juni 2018

«Global Wealth 2017: Transforming the Client Experience», Juni 2017

Willis Towers Watson

«Global Pension Asset Study – 2018», Februar 2018

Z/Yen Group Limited

«The Global Financial Centres Index 23», März 2018

•SwissBanking

Schweizerische Bankiervereinigung
Association suisse des banquiers
Associazione Svizzera dei Banchieri
Swiss Bankers Association

Aeschenplatz 7
Postfach 4182
CH-4002 Basel

+41 61 295 93 93
office@sba.ch
www.swissbanking.org